

N i e d e r s c h r i f t
über die 24. - öffentliche - Sitzung
des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen
am 24. Januar 2024
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Flutung der Havelpolder und die Einrichtung einer gemeinsamen Schiedsstelle**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/2844](#)
Mitberatung 5
Beschluss..... 5
2. **Entwürfe eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2024 (Nachtrags-haushaltsgesetz 2024)**
 - a) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3241](#)
 - b) Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/3277](#)*Mitberatung* 6
Beschluss..... 8

3. Jüdisches Leben in Niedersachsen schützen - Antisemitismus konsequent vorbeugen und bekämpfen!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2713](#)

dazu: Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/2798](#)

Anhörung

- Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden von Niedersachsen.....	9
- Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Niedersachsen.....	17
- Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention.....	23
- Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen.....	31
- TaMaR Germany e. V.	36

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Mitglieder des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen:

1. Abg. Christoph Plett (CDU), Vorsitzender
2. Abg. Brian Baatzsch (SPD)
3. Abg. Constantin Grosch (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
4. Abg. Antonia Hillberg (SPD)
5. Abg. Ulf Prange (SPD)
6. Abg. Julius Schneider (SPD)
7. Abg. Jan Schröder (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
8. Abg. Martina Machulla (CDU)
9. Abg. Volker Meyer (in Vertretung des Abg. Christian Calderone) (CDU)
10. Abg. Jens Nacke (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
11. Abg. Volker Bajus (GRÜNE) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
12. Abg. Evrim Camuz (GRÜNE)
13. Abg. Thorsten Paul Moriß (AfD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)

Mitglieder des Ausschusses für Inneres und Sport (zu Tagesordnungspunkt 3):

1. Abg. Gerd Hujahn (in Vertretung des Abg. Sebastian Zinke) (SPD)
2. Abg. Ulrich Watermann (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
3. Abg. Saskia Buschmann (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
4. Abg. Birgit Butter (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)

Mitglieder des Kultusausschusses (zu Tagesordnungspunkt 3):

1. Abg. Thore Güldner (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
2. Abg. Pascal Mennen (GRÜNE) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)

Vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst:

Parlamentsrat Dr. Oppenborn-Reccius (Mitglied),
Ministerialrat Mohr,
Ministerialrätin Dr. Schröder.

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrätin Messling.

Niederschrift:

Regierungsdirektor Dr. Bäse (Seiten 5 bis 8),
Regierungsrätin Dr. Schütze (Seiten 9 bis 22),
Regierungsdirektor Pohl (Seiten 23 bis 31),
Parlamentsredakteur Dr. Zachäus (Seiten 31 bis 42),
Regierungsdirektor Weemeyer,
Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 9.40 Uhr bis 12.47 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag über die Flutung der Havelpolder und die Einrichtung einer gemeinsamen Schiedsstelle

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/2844](#)

direkt überwiesen am 16.11.2023

federführend: AfUEuK;

mitberatend: AfRuV;

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 GO LT: AfHuF

Mitberatung

Beratungsgrundlage: Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses (unveränderte Annahme)

Ministerialrat **Mohr** (GBD) berichtet, der - federführende - Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz habe die Beschlussempfehlung in seiner 21. Sitzung am 15. Januar 2024 vorbehaltlich der Voten der mitberatenden Ausschüsse einstimmig gefasst.

Aus Sicht des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes (GBD) enthalte der vorliegende Gesetzentwurf keine Regelung, die Anlass gäbe, dem Landtag von einer Zustimmung abzuraten. Die Unterschiede gegenüber der vorgängigen Vertragsfassung aus dem Jahr 2008 ergäben sich lediglich daraus, dass Schleswig-Holstein dem Staatsvertrag, der damals zwischen den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt sowie dem Bund abgeschlossen worden sei, beizutreten beabsichtige. Die Vertragsinhalte, die nicht von dem Beitritt betroffen seien, blieben unverändert.

Die kommunalen Spitzenverbände seien schriftlich angehört worden; sie hätten sich zustimmend geäußert. Im federführenden Ausschuss sei der Staatsvertrag unstreitig gewesen.

Eine Aussprache ergibt sich nicht.

Beschluss

Der - mitberatende - **Ausschuss** schließt sich der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses an, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Tagesordnungspunkt 2:

Entwürfe eines Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2024 (Nachtragshaushaltsgesetz 2024)

a) Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/3241](#)

direkt überwiesen am 10.01.2024

federführend: AfHuF;

mitberatend: AfRuV;

Stellungnahme gem. § 28 Abs. 4 GO LT: AfluS, AfWVBuD, AfUEuK

b) Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/3277](#)

direkt überwiesen am 16.01.2024

federführend: AfHuF;

mitberatend: AfRuV;

Stellungnahme gem. § 28 Abs. 4 GO LT: AfluS, AfWVBuD, AfUEuK

Mitberatung

Beratungsgrundlage: Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion zu ihrem Gesetzentwurf (Vorlage 1)

Parlamentsrat **Dr. Oppenborn-Reccius** (GBD) erläutert, sowohl der Gesetzentwurf der Landesregierung als auch der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion in der Fassung des Änderungsvorschlags sähen eine landesseitige Hilfe zur Bewältigung von Schäden durch das Weihnachtshochwasser 2023/2024 in Höhe von 111 Millionen Euro vor. Der Unterschied zwischen den beiden Entwürfen bestehe im Wesentlichen in der Finanzierungsregelung. Der Gesetzentwurf der CDU-Fraktion sehe eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage vor, während der der Landesregierung eine Entnahme aus der Konjunkturbereinigungsrücklage vorsehe. Aus rechtlicher Sicht bestünden gegen beide Wege der Finanzierung und auch gegen die weiteren Aspekte der Gesetzentwürfe keine Bedenken. Da der GBD bislang nicht das Erfordernis sehe, Änderungsvorschläge zu unterbreiten, sei nicht vorgesehen, zu den Gesetzentwürfen eine Vorlage zu erstellen.

Zum Beratungsverfahren: Der - federführende - Haushaltsausschuss habe sich erstmals in seiner 43. Sitzung am 17. Januar 2024 mit beiden Gesetzentwürfen befasst und in Aussicht genommen, seine Beschlussempfehlung am 31. Januar zu fassen. Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens und der Wasserverbandstag Niedersachsen e. V. würden den Planungen zufolge in jener Sitzung mündlich und vorab schriftlich angehört. Die bis zum 26. Januar erbetenen schriftlichen Stellungnahmen lägen noch nicht vor. Ferner habe der Haushaltsausschuss die Ausschüsse für Inneres, Umwelt und Wirtschaft um Stellungnahmen gemäß § 28 Abs. 4 GO LT gebeten. Da der Agrarausschuss aus terminlichen Gründen keine Stellungnahme abgeben könne, werde seinen Mitgliedern anheimgestellt, an der Sitzung des Haushaltsausschusses am 31. Januar teilzunehmen.

Auf Nachfrage der Abg. **Martina Machulla** (CDU) ergänzt ParlR **Dr. Oppenborn-Reccius** (GBD), dass es die gegenwärtige Regelung zur Konjunkturkomponente zugelassen hätte, den in Rede stehenden Betrag in Höhe von 111 Millionen Euro aus der Konjunkturbereinigungsrücklage bereits für die Deckung des Haushaltsplans 2024 zu entnehmen. Die Landesregierung habe sich bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs 2024 jedoch gegen die Nutzung dieser Option entschieden, mache aber nun für den Nachtragshaushalt 2024 davon Gebrauch. Insofern bestünden gegen die Nutzung der Konjunkturbereinigungsrücklage - ebenso wie gegen den von der CDU-Fraktion gewählten Weg - keine rechtlichen Bedenken.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE) verweist auf die hohe Bedeutung des Themas Hochwasserschutz, die sich auch im Tagesordnungspunkt 1 der heutigen Sitzung zeige. Die große Erstreckung des Weihnachtshochwassers sei gewaltig und beeindruckend gewesen - ebenso wie die Leistungen aller Beteiligten, denen es gelungen sei, wirklich große Schäden zu vermeiden. Bürgerinnen und Bürger sowie ehren- und hauptamtliche Helferinnen und Helfer hätten Großes geleistet.

Gleichwohl seien erhebliche Sachschäden zu beklagen, viele Menschen seien davon betroffen. Von daher seien ein schnelles Handeln und ein möglichst einmütiges Signal, Geschädigte zu unterstützen, wichtig. Insofern sei der Landesregierung für die schnelle Vorlage des Gesetzentwurfs zum Nachtragshaushalt zu danken, ebenso aber auch der Opposition, die ein beschleunigtes Beratungsverfahren ermöglicht habe. Zumindest in rechtlicher Hinsicht seien keine wesentlichen inhaltlichen Unterschiede zwischen den Gesetzentwürfen festzustellen; die Frage der Finanzierung sei durch den federführenden Ausschuss zu klären.

Abschließend beantragt der Vertreter der Fraktion der Grünen, die Mitberatung in der heutigen Sitzung abzuschließen. Er kündigt an, seine Fraktion werde den Gesetzentwurf der Landesregierung mittragen und den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion ablehnen.

Diese Ausführungen, erklärt Abg. **Volker Meyer** (CDU), könne er, was die Sache angehe, weitgehend mittragen, gerade was die Notwendigkeit angehe, Hilfen schnell bereitzustellen. Durch den Fachausschuss sei nun über das Finanzierungsverfahren zu entscheiden.

Die CDU-Fraktion habe noch nicht abschließend beraten, wie sie sich in der abschließenden Abstimmung zum Gesetzentwurf der Landesregierung verhalten werde. Von daher werde die CDU-Fraktion in der heutigen Sitzung ihren Gesetzentwurf in der Fassung des Änderungsvorschlags in Vorlage 1 zur Abstimmung stellen und selbstverständlich unterstützen und sich bei der Abstimmung zum Gesetzentwurf der Landesregierung der Stimme enthalten.

Auch Abg. **Ulf Prange** (SPD) unterstreicht die Notwendigkeit, die Hilfen schnell bereitzustellen. Für die Mitberatung sei der Hinweis des GBD wichtig, dass beide gewählten Finanzierungswege aus rechtlicher Sicht nicht zu beanstanden seien. Insofern schließe er sich dem Antrag des Abg. Bajus und seiner Ankündigung zum Abstimmungsverhalten an.

Abg. **Evrin Camuz** (GRÜNE) betont ebenfalls die Eilbedürftigkeit und geht auf das weitere Beratungsverfahren ein.

Beschluss

Die CDU-Fraktion stellt den von ihr eingebrachten Gesetzentwurf in der Fassung des Änderungsvorschlags in Vorlage 1 zur Abstimmung. Der **Ausschuss** votiert gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen dafür, dem Landtag die Ablehnung des Gesetzentwurfs der CDU-Fraktion zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

Der Ausschuss votiert sodann gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Haushalt und Finanzen dafür, dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfes der Landesregierung zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: -

Enthaltung: CDU, AfD

*

Die Sitzung wird von 9.59 Uhr bis zum angekündigten Beginn der Anhörung zu Tagesordnungspunkt 3 um 10.15 Uhr unterbrochen.

Tagesordnungspunkt 3:

Jüdisches Leben in Niedersachsen schützen - Antisemitismus konsequent vorbeugen und bekämpfen!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2713](#)

dazu: Änderungsantrag der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/2798](#)

erste Beratung: 25. Plenarsitzung am 09.11.2023

federführend: AfRuV;

mitberatend: AfluS, KultA;

mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF

zuletzt beraten in der 21. Sitzung am 29.11.2023

Anhörung

Einstimmig zieht der **Ausschuss** die Mitglieder des Ausschusses für Inneres und Sport und des Kultusausschusses mit beratender Stimme zu der heutigen Anhörung hinzu.

Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden von Niedersachsen

Anwesend:

- Dr. Rebecca Seidler, 1. Vorsitzende

Dr. Rebecca Seidler: Als Geschäftsführerin der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover bekomme ich einen direkten Einblick in die Basis jüdischen Lebens. Durch meine Funktionen als Vorsitzende des Landesverbandes und als Mitglied des Direktoriums des Zentralrates der Juden in Deutschland habe ich auch eine landesweite und eine bundesweite Perspektive. Ich denke, es ist wichtig, diese Perspektiven in die Pläne gegen den Antisemitismus hier in Niedersachsen einfließen zu lassen.

Die vergangenen Jahre waren für die jüdische Community tatsächlich sehr herausfordernd. Dem Anschlag in Halle folgte die Corona-Pandemie, in der antisemitische Verschwörungsideologien Hochkonjunktur hatten; darauf folgten die Documenta und der Umgang mit der dort dargestellten antisemitischen Kunst als vermeintliche Darstellung der Kunstfreiheit. Jetzt gab es auch noch den 7. Oktober 2023. Dieses Datum hat das Leben der Jüdinnen und Juden hier in Niedersachsen, aber auch bundesweit und international verändert.

Manche fragen sich, was der Anschlag in Israel und die daraus folgenden Konsequenzen mit dem jüdischen Leben in Niedersachsen zu tun haben. Hier nur zur Einordnung: Die Bedrohung jüdischer Einrichtungen wurde auch hier in Deutschland sofort spürbar. Wir mussten die Sicherheitsmaßnahmen ad hoc erhöhen, was bis zum heutigen Tag andauert. Es gibt auf etlichen Plattformen in den sozialen Medien Entführungs- und Vergewaltigungsfantasien insbesondere in Bezug auf jüdische Frauen. Dieser Aspekt wird nach meiner Auffassung in den in Deutschland geführten Debatten noch viel zu wenig berücksichtigt. Jüdinnen und Juden in Deutschland, aber auch hier in Niedersachsen erfahren gerade eine vollkommen neue Lebensrealität.

Hierbei ist es wichtig, zu betonen: Antisemitismus hat ganz unterschiedliche Ausdrucksformen. Das macht seine Bekämpfung so herausfordernd. Es gibt eben nicht nur den Antisemitismus von rechten Gruppierungen, mit rechtsextremen Zügen, wie wir ihn jetzt in der AfD und auch in der Sitzung in Potsdam erleben. Dort wurde eine sogenannte Remigration thematisiert, was deutliche Auswirkungen auf die jüdische Community hat. 90 % der Jüdinnen und Juden in Deutschland haben eine Migrationsbiografie. Das heißt, hier fühlen sich unsere Gemeindemitglieder direkt betroffen.

Es gibt aber auch den Antisemitismus in der Linken. In diesem Milieu artikuliert sich das gerne als Israelkritik. Das hat jetzt gerade wieder Hochkonjunktur. Ich war gestern in einem Vortrag im Freizeitheim Vahrenwald. Dort wurden Äußerungen getätigt wie: Haben Sie als Juden denn nichts aus Auschwitz gelernt, sodass Sie jetzt Täter werden? - Das sind harte Aussagen, mit denen wir aktuell konfrontiert werden - und gerade auch aus dem linken Milieu.

Mit Blick auf Universitäten und Hochschulen und die Situation für die dortigen Studierenden - darauf wird später noch eingegangen - muss jetzt wirklich ein überparteiliches Handeln erfolgen. Ich bitte Sie daher ganz herzlich, die Partei-Brille abzunehmen und jetzt im Kampf gegen Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens alle Milieus zu berücksichtigen, in denen antisemitische Äußerungen und Aggressionen zutage treten. Das Zeigen auf nur *ein* Milieu - beispielsweise auf die muslimische Community - verkennt das Problem des Antisemitismus. Es gibt Antisemitismus, wie gesagt, in der Rechten, in der Linken und in der Mitte der Gesellschaft sowie in muslimischen Communities. Für uns ist es manchmal überhaupt nicht mehr greifbar, in welche Richtung wir blicken sollen, weil wir von mehreren Seiten eine Bedrohungssituation erleben.

Aus diesem Grund begrüße ich den gemeinsamen Entschließungsantrag von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Dafür danke ich Ihnen sehr.

Ich möchte nur kurz auf zwei Punkte eingehen. In Punkt 10 des Entschließungsantrages heißt es, dass der polizeiliche Schutz vor den jüdischen Einrichtungen erhöht werden soll. Nach dem 7. Oktober wurden diese Maßnahmen hochgefahren; auch schon nach Halle wurden die Maßnahmen intensiviert. Es ist aber auch Realität, dass die jüdischen Gemeinden in Niedersachsen ihre Gebäude gerade mit zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen ertüchtigen und in Gesprächen deutlich wird, dass die Polizei wieder abgezogen werden soll, wenn diese Sicherheitsmaßnahmen im baulichen und technischen Bereich abgeschlossen sind. Hier möchte ich nur für folgenden Umstand sensibilisieren: Es ist eine sichtbare Barriere, wenn ein Polizeiwagen vor einer jüdischen Einrichtung steht. Dann überlegen sich potenzielle Angreifer ein bisschen besser, ob sie sich einer Synagoge nähern oder nicht. Deshalb wünsche ich mir, dass insbesondere zu Feiertagen und größeren Veranstaltungen der Schutz durch die Polizei bestehen bleibt.

In diesem Kontext habe ich auch noch eine andere Ergänzung. Nach Halle haben die jüdischen Gemeinden selbst interne Sicherheitsteams aufgestellt, um beispielsweise die Einlasskontrollen bei öffentlichen Veranstaltungen, Feiertagen etc. gewährleisten zu können. Dies kann keine polizeiliche Aufgabe sein; das ist völlig richtig. Die Personalkosten, die wir für den internen Sicherheitsdienst aufbringen müssen, müssen die jüdischen Gemeinden selber tragen. Ich kann Ihnen nur sagen: Dadurch, dass nach dem 7. Oktober eine neue Situation entstanden ist, geht es um erhebliche Kosten. Ich wäre sehr dankbar, wenn nicht nur Sicherheitsmaßnahmen baulicher und technischer Art gefördert würden, sondern es vielleicht auch die Möglichkeit gäbe, partiell - dort wo es erforderlich ist, also nicht nach Gießkannenprinzip - vielleicht analog zu den Baumaßnahmen entsprechende Rechnungen einzureichen. Ich würde mir sehr wünschen, wenn in diesem Zusammenhang eine Unterstützungsleistung vom Land Niedersachsen käme.

Die jüdische Community möchte diese Schutzmaßnahmen nicht haben, wir sind vielmehr genötigt, diese Maßnahmen einzuführen, damit jüdisches Leben in den Gemeinden überhaupt erfolgen kann. Für uns wäre es eine Wunschvorstellung, weder Polizei noch schussichere Türen und Fenster oder interne Sicherheitsteams zu benötigen. Das entspricht aber leider nicht der Realität. Wir sollten gemeinsam auf diesen Zustand hinarbeiten, aber das wird noch sehr, sehr lange dauern.

Im vorliegenden Entschließungsantrag wird unter Punkt 5 thematisiert, dass es Präventionsmaßnahmen im Kampf gegen Antisemitismus geben muss. Mein Landesverband hat seit einigen Jahren ein Empowerment- und Dialog-Projekt laufen. So etwas ist aktuell wichtiger denn je. Leider haben wir noch immer keine Rückmeldung bekommen, ob wir dieses Projekt auch 2024 durchführen können. Unsere Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartner sind mittlerweile etwas verunsichert und fragen sich: Warum kann das Projekt nicht weiterlaufen? Warum gibt es diesbezüglich keine Infos? - Unser Landesverband betrachtet dieses Projekt als ganz wichtiges Instrument, um die jüdische Perspektive in Präventions- und Interventionsmaßnahmen einfließen zu lassen.

Unter Punkt 2 werden der Landesbeauftragte und sein Team angesprochen. Das Team von Herrn Wegner macht wirklich sehr gute Arbeit. Darüber freue ich mich. Trotzdem ist mein Eindruck - das bestätigt auch eine Abfrage im Landesverband -, dass die Aufgabe von Herrn Wegner in Person noch nicht wirklich deutlich geworden ist. Am Rande möchte ich nur erwähnen, dass Herr Wegner selbst es nach dem 7. Oktober nicht für notwendig hielt, sich bei meinem Landesverband zu melden - dies aber nur als Randnotiz. Hier wünsche ich mir noch etwas mehr Konkretisierung, damit wir dieses wichtige Profil schärfen können.

Abg. Thorsten Paul Moriß (AfD): Sehr geehrte Frau Seidler, warum erwähnen Sie in Ihrem Bericht im Zusammenhang mit Antisemitismus die AfD? Das würde ich gerne von Ihnen erklärt bekommen.

Dr. Rebecca Seidler: Das kann ich Ihnen sehr gerne erklären. Die AfD ist ja keine örtliche Gruppe, sondern eine bundesweite Parteiorganisation. Es geht um wichtige Funktionäre innerhalb der Partei. Ein Herr Höcke ist für mich ein lupenreiner Faschist. Dass solche Positionen, wie Herr Höcke und andere sie vertreten, in Ihrer Partei geduldet werden, zeigt mir, wes Geistes Kind Sie in Ihrer Partei sind.

Bei diesem vermeintlich privaten Treffen in Potsdam sind die letzten Masken gefallen. Ich habe seitens der AfD keinerlei Abgrenzung zu diesen Äußerungen gehört. Im Gegenteil: Es kam das Thema Remigration auf, was letztlich nichts anderes bedeutet als eine Deportation von Menschen mit anderem religiösen und kulturellen Hintergrund. Es gab keinerlei Distanzierung seitens der AfD. Deshalb betrachte ich die AfD als eine ganz gefährliche Partei, die Menschen beherbergt, die ganz dezidiert rechtsextremes Gedankengut projizieren.

Abg. Ulf Prange (SPD): Wir haben uns ja eigentlich zusammengefunden, um miteinander zu diskutieren, wie wir den Schutz jüdischen Lebens sicherstellen können. Mich hat vorhin sensibilisiert, dass Sie das Thema Hochschule angesprochen haben. Am vergangenen Sonntag war ich mit Kollegen bei mir in Oldenburg in der Synagoge. Wir haben uns mit dem Vorstand der Synagoge ausgetauscht, und dort sagte jemand aus der jüdischen Community - ein Lehrer -, dass er sich nicht traut, in der Schule zu sagen, dass er Jude ist. Er sagte, dass dies gleichermaßen auch für Schülerinnen und Schüler gelte und die Situation sehr schwierig sei. Dass man enormen Anfeindungen und einem großen Druck ausgesetzt ist, war mir bewusst, aber mir war nicht klar, dass das so weit geht - besonders in einer Stadt, in der ich eine funktionierende Zivilgesellschaft sehe. Es ist mir bestätigt worden, dass es in Oldenburg wahrscheinlich nicht ganz so schlimm ist wie andernorts.

Ich habe mich gefragt: Wie bekommen wir das hin? - An den Hochschulen sollte man doch Menschen vorfinden, bei denen man ein gewisses Bildungsniveau erwarten kann. Vorurteile und Hass resultieren ja häufig auch aus Unwissenheit und fehlender Bildung. Können Sie uns noch etwas mitgeben, wie man diese Themen besser in diese Bereiche hineinbringen kann? Wenn wir die Menschen an den Hochschulen und den Schulen nicht erreichen, ist das problematisch. Dort sät man quasi die Saat, sodass Toleranz entsteht und man offen für unterschiedliche Religionen und Lebenshaltungen ist.

Zum Empowerment: Wir haben gesehen, dass es im Haushaltsplanentwurf der Landesregierung Kürzungen gab, und dies haben wir über die politische Liste der Landtagsfraktionen korrigiert. Das Geld müsste also eigentlich zur Verfügung stehen. Es ist zumindest eingestellt.

Dr. Rebecca Seidler: Das habe ich mitbekommen. Vielen Dank dafür! Nach dem 7. Oktober sind viele Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen tatsächlich erst einmal nicht in die Schule gegangen. Die Situation war zum Teil so bedrohlich, dass sie gesagt haben: Wir fühlen uns hier nicht wohl. - Das betraf übrigens auch jüdische Studierende.

Mir wurde in dieser Situation die Überforderung seitens der Lehrkräfte bewusst. Ich habe viele Gespräche mit Lehrkräften und Schulleitungen geführt. Alle sagten: Wir haben gar nicht das entsprechende fundierte Wissen über den Nahostkonflikt. Deshalb können wir das Thema nicht bearbeiten. - Hier ist es wichtig: Es geht hier in Niedersachsen nicht um die Erklärung des Nahostkonfliktes. Wir sind vielmehr aufgefordert, uns hier mit dem Antisemitismus in Niedersachsen zu beschäftigen. Der Antisemitismus - auch wenn er aus dem muslimischen Milieu kommt - hat nichts mit dem Nahostkonflikt zu tun. Den können wir hier auch nicht klären, das müssen schon die Menschen vor Ort machen.

Wir müssen aber Strukturen schaffen, sodass zum Beispiel jüdische Studierende oder Schülerinnen und Schüler nicht von anderen in ihren Peergroups als Stellvertreter des Staates Israels adressiert werden. Dann verschiebt sich eine Debatte. Es ist wichtig, immer wieder deutlich zu machen, dass wir hier über Antisemitismus und nicht über den Nahostkonflikt sprechen.

Wir haben im Rahmen des Projektes zum Beispiel viele Schulungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren angeboten, die auch wirklich gut ankamen. Es ist doch etwas anderes, ob man über jüdisches Leben spricht oder mit Vertreterinnen und Vertretern aus der jüdischen Community, da dann die jüdische Perspektive mit einfließen kann. Darum war das Projekt letztlich auch so erfolgreich. Die Lehrkräfte haben dadurch eine Entlastung gespürt und gemerkt, dass sie nicht alles selber in den Klassenzimmern klären müssen, sondern sich auch Expertinnen und Experten dazu holen können, die den Blick weiten.

Bei dem Thema Empowerment liegt in der Tat ein Teufelskreis vor. Die Mehrheit in den jüdischen Communitys berichtet draußen nicht, dass sie jüdischen Glaubens ist - weder am Arbeitsplatz, noch im Sportverein oder in der Schule. Dadurch wird jüdisches Leben noch unsichtbarer, als es ohnehin schon ist. Das wiederum kann im schlimmsten Fall dazu führen, dass antisemitische Verschwörungserzählungen entstehen oder Bilder über das vermeintlich Jüdische, die aber nichts mit der Realität zu tun haben. Dann sind wir wieder bei dem Thema Antisemitismus, was dann aber dazu führt, dass die Jüdinnen und Juden erst recht nicht mehr sagen wollen, dass sie jüdisch sind. Diesen Teufelskreis können wir nur durchbrechen, indem wir auf der einen Seite Dialogarbeit machen und direkt schauen, wie wir Lehrkräfte oder Dozierende im Umgang mit Antisemitismus stärken können. Zum anderen geht es aber auch darum, die jüdische Community zu empowern und zu stärken, damit sie den Mut für diesen so wichtigen Dialog hat.

Abg. Thorsten Paul Moritze (AfD): Eine Nachfrage und auch eine Feststellung für das Protokoll: Ich möchte gerne die mündlichen Ausführungen von Frau Seidler schriftlich im Protokoll zu sehen bekommen. - Des Weiteren wissen Sie, Frau Seidler, dass der überwiegende Teil des Antisemitismus migrantisch ist. Das sollten Sie mal erwähnen. Es sollte um die gesamte Breite und jegliche Form von Extremismus gehen. Ich finde das verwerflich und auch sehr negativ von Ihnen, dass Sie hier eine einseitige Berichterstattung und ein Bashing der AfD betreiben. Sie sollten bei Ihrer Berichterstattung schon neutral bleiben. Dafür wäre ich sehr dankbar.

Dr. Rebecca Seidler: Darauf möchte ich gerne eingehen. Nein, beim Thema Antisemitismus muss ich nicht neutral sein. Auch die Abgeordneten des Landtages sollten hier bitte nicht neutral sein. Das ist eine Menschenfeindlichkeit, und dagegen sollten Demokratinnen und Demokraten gemeinsam vorgehen.

Ich habe nicht nur den rechten Rand und das rechtsextreme Milieu angesprochen, sondern auch das Gegenüber, nämlich die linken Milieus. Ich habe auch ganz klar angesprochen: Natürlich erleben wir auch einen zum Teil sehr aggressiven Antisemitismus aus der muslimischen Community. Es bringt aber nichts - das wäre für die AfD auch mal sinnvoll -, wenn man immer nur mit dem Finger auf andere zeigt, die antisemitisch sind. Es muss endlich akzeptiert werden, dass Antisemitismus ein verbindendes Element zwischen ganz unterschiedlichen Milieus ist und dass jede Form von Antisemitismus für die jüdische Community eine Bedrohung und Belastung ist. Letztlich ist es für jüdische Menschen vollkommen irrelevant, von welcher Seite eine Drohung erfolgt. Das Gefühl, dass man angegriffen wird, bleibt und ist einheitlich.

Deshalb sollten Sie noch einmal Ihre Obsession reflektieren, immer mit dem Finger auf andere zu zeigen. Vielleicht beginnen Sie mal mit Selbstreflektion innerhalb Ihrer Partei. Das fände ich sehr gut.

Abg. **Martina Machulla** (CDU): Ich habe eine Nachfrage zu Ihren Ausführungen bezüglich des Punktes 5 im vorliegenden Antrag. Dort geht es um den Landespräventionsrat und letztendlich um den Aspekt, dass Bildung ein ganz wichtiges Instrument ist, um Antisemitismus schon im Vorfeld zu verhindern. Gehört dazu nicht auch letztendlich, dass wir - weil es die große Breite des Antisemitismus gibt - auch das Thema Integrationskurse mitbedenken müssen? Vielleicht sollte dort nicht nur Deutsch unterrichtet, sondern auch dieses Thema bereits behandelt werden. Wie würden Sie dazu stehen?

Dr. Rebecca Seidler: Dieses Jahr feiern wir 75 Jahre Grundgesetz. Ich wäre dafür, dass wir die Errungenschaft des Grundgesetzes - das war ja kein einfaches Unterfangen - wieder mehr in den Vordergrund stellen. Das ist ein verbindendes Element, und es hat auch direkten Bezug zu der Frage, wie wir hier in Deutschland miteinander leben wollen. Das heißt, im Kindergarten, in Schuleinrichtungen aber eben auch im Rahmen von Integrationskursen sollte das Grundgesetz gelehrt werden. Es sollte als identitätsstiftendes Element hier in Deutschland fungieren. Deshalb würde ich mir wünschen, dass es mehr in den Fokus rückt - es sollte unser Leitfaden im Umgang miteinander sein.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Ich möchte zunächst einmal gerne einen allgemeinen Hinweis geben, was das Format der Anhörung bedeutet. Herr Moriße, wenn wir im Rahmen einer Anhörung Personen in den Landtag einladen, wozu alle Fraktionen die Möglichkeit haben, dann hören wir uns ihre Ausführungen an und müssen sie zur Kenntnis nehmen. Bei diesem Thema geht es nicht um die Befindlichkeiten einzelner Fraktionen oder einzelner Kolleginnen und Kollegen, sondern alleine darum, wie wir Antisemitismus bekämpfen können. Antisemitismus ist nicht vereinbar mit dem Geiste unseres Grundgesetzes, er ist illegal und menschenfeindlich. Wir alle müssen ihn bekämpfen; und im Zuge dessen müssen wir uns solche Dinge einfach anhören.

Es gibt mit Sicherheit auch das eine oder andere kritische Wort darüber, was beispielsweise meine Kolleginnen und Kollegen bei den Grünen machen. Das hören wir uns an. Denken Sie mal an das aktuelle Thema Landwirtschaft. Deshalb finde ich es nicht in Ordnung, wenn Sie hier Gäste angreifen. Auch Sie müssen sich Ihrer Verantwortung stellen. Bisher war es nicht üblich, dass wir die Personen, die wir zu Anhörungen einladen, für ihre Ausführungen kritisieren. Zudem kann ich das Ganze auch inhaltlich sehr gut nachvollziehen.

Was in Potsdam diskutiert wurde - und daran sind Sie maßgeblich beteiligt - macht vielen Angst. Ich habe Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund, die Kinder haben. Sie müssen ihren Kindern die Frage beantworten: Mama, was passiert mit uns, wenn das so Wirklichkeit wird? Wo können wir dann noch hingehen? - Die emotionale Betroffenheit und den Druck, der auf vielen Menschen lastet, weil sie diese Debatte mitbekommen, müssen wir sehr ernst nehmen. Deshalb bin ich sehr dankbar dafür, dass wir den vorliegenden Entschließungsantrag haben.

Wir müssen uns immer wieder klarmachen, wo wir stehen. Deshalb ist es nicht in Ordnung, dass wir hier über die Befindlichkeiten einer Fraktion oder einer Partei reden. Wir reden über Antisemitismus, und da ist es gut, wenn alle Demokratinnen und Demokraten zusammenstehen. Und das tun sie auch.

Frau Seidler, ich habe eine Frage. Es gibt viel Unwissenheit. Das haben wir auch gerade bei Herrn Moriße erlebt. Es ist nicht so, dass „migrantisch“ automatisch „antisemitisch“ heißt. Ganz im Gegenteil: Je länger Leute hier sind, desto besser funktioniert die Normierung in Deutschland. Antisemitische Einstellungen nehmen mit der Zeit ab. Das hat viel mit Begegnungen und mit Wissen übereinander zu tun.

Ich möchte mit Ihnen noch einmal das Thema Sichtbarkeit diskutieren. Jüdisches Leben sollte sichtbarer und damit auch verständlicher gemacht werden. Wo sind Unterschiede? Wo sind Besonderheiten? Wo sind Traditionen? Wo kann man spannende Dinge voneinander lernen? Ich komme aus Osnabrück. Dort gibt es eine Drei-Religionen-Schule, die von muslimischen Kindern, von jüdischen Kindern und christlichen Kindern besucht wird. Welche Anregungen haben Sie diesbezüglich noch? Wo können wir dieses Thema politisch noch besser begleiten? Wo können wir mehr für die Sichtbarkeit jüdischen Lebens tun, welche ja in den vergangenen Jahren dank Migration wieder zugenommen hat. Die jüdischen Gemeinden wurden bei uns gestärkt, wofür wir alle sehr dankbar sind.

Dr. Rebecca Seidler: Für die Sichtbarkeit jüdischen Lebens wird bereits viel gemacht- gerade seitens der Landesverbände. Die beiden Verbände in Niedersachsen organisieren offene Kulturveranstaltungen, Lesungen, Konzerte etc. Auf diese Weise werden positive Kontakte ermöglicht. Häufig ist das Thema Judentum sehr beschränkt auf die Aspekte Antisemitismus, Nahostkonflikt usw. Das alles weckt negative Assoziationen, und es hat immer etwas Anstrengendes.

Ich glaube, wir müssen dahin kommen, dass wir aufzeigen: Jüdinnen und Juden sind nicht den ganzen Tag depressiv und betroffen, dass sie Antisemitismus erleben. - Wir betrachten Deutschland als unser Zuhause. Wir möchten das Land mitgestalten und als vollkommen normaler Teil der Gesellschaft betrachtet werden - ohne irgendwelche Exotisierungen. Ich stelle immer wieder fest, dass der Wunsch, dass Jüdinnen und Juden etwas Exotisches sind, sehr groß zu sein scheint.

Dies gilt auch für die Medienlandschaft. Es werden beispielsweise gerne ultraorthodoxe Juden gezeigt. Unsere beiden Landesverbände vertreten aber eine vollkommen andere Lebensrealität von Jüdinnen und Juden in Deutschland. Ultraorthodoxe sind eine absolute Minderheit innerhalb der jüdischen Community. Gerade Journalistinnen und Journalisten finden ultraorthodoxe Juden aber immer toll, weil es dann tolle Bilder gibt. Herr Fürst und ich sehen stinknormal aus. Das ist zu langweilig für die Medien. Dahin müssen wir kommen: Jüdisches Leben muss als schon immer existierender Bestandteil des Lebens in Deutschland betrachtet werden.

Abg. Evrim Camuz (GRÜNE): Vielen Dank für die klaren Worte. Wir nehmen ganz klar mit, dass sich Antisemitismus nicht mit Rassismus bekämpfen lässt. Dazu stehen wir; das hat unser Fraktionsvorsitzender in seiner Rede deutlich gemacht. Antisemitismus ist ein Problem, das wir überall antreffen. Hier darf nicht verharmlost werden; und wir müssen dem Problem entschieden entgegentreten.

Wir haben viel über den analogen Raum gesprochen, also über Schule, persönliche Begegnungen, Zeremonien in der jüdischen Gemeinde. Fake News und antisemitische Darstellungen haben allerdings Eingang ins Internet gefunden und können dort per Klick sehr schnell sehr viele Menschen erreichen. Beispielsweise auf Tiktok gibt es sehr viele Verschwörungstheorien, die mit Antisemitismus zusammenfallen. Ich betrachte es nicht als Ihre Aufgabe, Gegenstrategien zu entwickeln. Das ist unsere Aufgabe. Gleichwohl interessiert mich, wie in der liberalen jüdischen Gemeinde mit dem Thema Internet umgegangen wird. Hätten Sie Ideen oder Vorschläge, wie man dem digital begegnen kann?

Dr. Rebecca Seidler: Das ist natürlich eine sehr schwierige Frage. Ich bin von Haus aus Sozialarbeiterin. Dort kümmert man sich um die jeweiligen Lebenswelten von Klientinnen und Klienten in schwierigen Situationen. Vielleicht ist der Gedanke noch nicht richtig angekommen, dass das Internet bzw. Social Media eine Lebenswelt für sehr viele Menschen ist: für Kinder, für Jugendliche etc.

Das heißt, es müsste eine viel stärkere Form der Sozialarbeit im digitalen Raum geben. Ich fände es spannend, darüber nachzudenken, wie eine digitale Sozialarbeit aussehen kann. Was könnte man dort machen? Es gibt einzelne Akteure wie die Amadeu-Antonio-Stiftung. Dort werden entsprechende Onlineformate geschaffen. Viele Schülerinnen und Schüler haben beispielsweise Klassenchats bei WhatsApp. Wenn dort oder bei Facebook oder Tiktok antisemitische Bilder hochgeladen werden, sagen Lehrkräfte manchmal: Das ist nicht unser Bereich. Das findet nicht direkt in der Schule statt. - Dann werden Betroffene damit alleine gelassen. Das ist, glaube ich, ganz fatal.

Wir müssen eine Vertrauensbasis schaffen, sodass jüdische Schülerinnen und Schüler wissen, dass sie sich vertrauensvoll an jemanden wenden können. Es kann nicht sein, dass in diesem Zusammenhang immer nur die jüdischen Gemeinden adressiert werden als diejenigen, die die Betroffenen auffangen. Das machen wir natürlich. Ich wünsche mir aber manches Mal, dass auch andere Multiplikatorinnen und Multiplikatoren hier noch aktiver und mutiger werden und auch mal eine Entscheidung fällen. Ohne Konsequenz können wir Antisemitismus nicht bekämpfen. Man muss schon aufzeigen: Wenn du meinst, dass du dich antisemitisch artikulieren musst, hat das bestimmte Konsequenzen. Wir sind ein demokratischer Rechtsstaat, basierend auf dem Grundgesetz. - Diese Botschaft muss noch deutlicher werden.

Leitende Ministerialrätin **Böök** (MJ): Ich möchte Frau Seidler nicht gehen lassen, ohne zu sagen: Selbstverständlich wird das Empowerment-Projekt weiter gefördert. Die Nachricht ist noch nicht schriftlich angekommen. Das liegt an hausinternen Verwaltungsabläufen. Wir haben aber 35 000 Euro für das Projekt vorgesehen.

Dr. Rebecca Seidler: Vielen Dank, das ist großartig.

Vors. Abg. **Christoph Plett** (CDU): Vielen Dank für den Austausch über diese wichtigen Themen. Ein Punkt ist mir besonders in Erinnerung geblieben. Sie sprachen das Abziehen der Polizeikräfte und die Reaktionen darauf innerhalb der Kultusgemeinden an. Ich denke, wir müssen noch einmal näher beleuchten, welche Konsequenzen das hat - auch mit Blick auf die finanzielle Ausstattung. Wir bleiben auf jeden Fall im Austausch.

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Niedersachsen

Schriftliche Stellungnahme: Vorlage 1

Anwesend:

- Katarzyna Miszkiel-Deppe, Projektleiterin

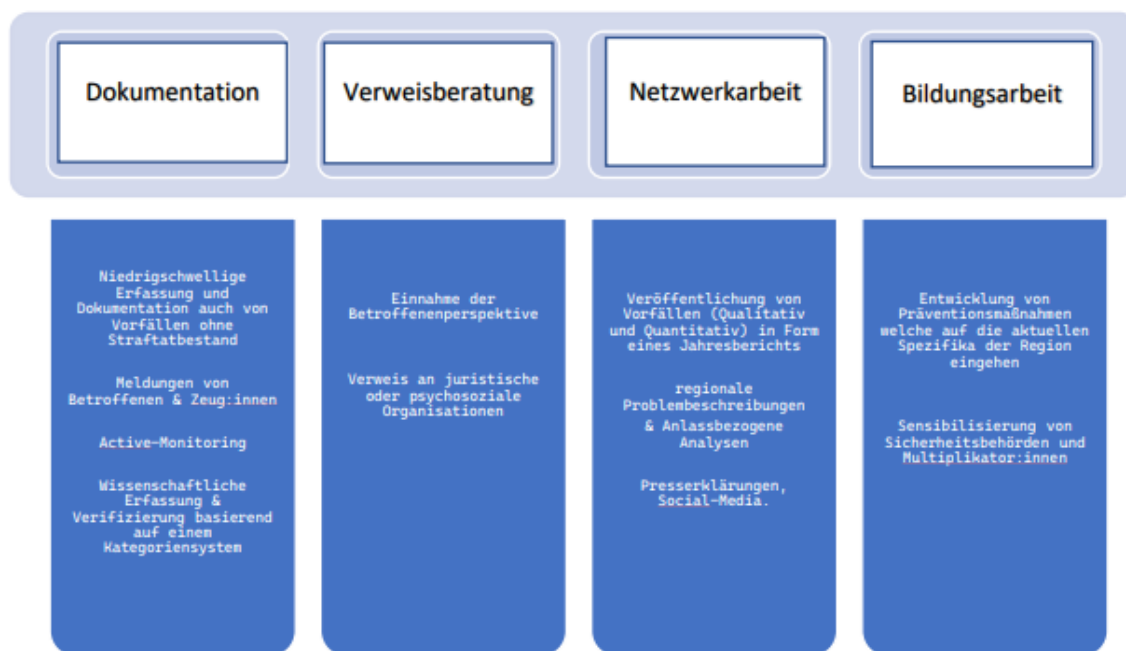
Katarzyna Miszkiel-Deppe: Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Niedersachsen gibt es seit Ende 2020. Sie ist damals aus der Dokumentations- und Beratungsstelle für antisemitische Vorfälle der Stadt Hannover hervorgegangen. Es gab eine Übertragung auf die Landesebene; seitdem leite ich diese Stelle.

Arbeitsstandards & inhaltlicher Referenzrahmen

Betroffene unterstützen und Antisemitismus dokumentieren - das hat sich RIAS Niedersachsen zur Aufgabe gemacht. Die Stelle, die sich in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung befindet und vom Land Niedersachsen und der Landeshauptstadt Hannover bis 2024 gefördert wird, wirkt damit dem Antisemitismus auch in Niedersachsen entgegen. Betroffene und Zeug*innen können sich im Falle eines antisemitischen Vorfalls an die Stelle wenden. Ferner bietet die Stelle für Betroffene eine Verweisberatung. Falls gewünscht, wird an kompetente, psychosoziale Antidiskriminierungs- oder Opferberatungen vermittelt. Der Vertrauensschutz steht hierbei immer an erster Stelle. Dies bedeutet, dass die Betroffenen entscheiden, wie mit den gesammelten Informationen verfahren wird.

Die Recherche- und Informationsstelle orientiert sich an dem Konzept der im Jahr 2015 gegründeten Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin in Trägerschaft des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V. Seit der Gründung der RIAS-Stelle besteht eine enge Zusammenarbeit mit dem Bundesverband RIAS e.V. Dies beinhaltet regelmäßigen Austausch, Schulungen in allen Arbeitsbereichen, Absprachen etwa bei Kategorisierungsfragen sowie Beratung in konkreten Fällen. Als Teil der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) RIAS verwendet RIAS Niedersachsen dieselben Kategorien. Dies sichert die Transparenz und Vergleichbarkeit der regionalen Meldestellen. Entgegennahme und Erfassung von Hinweisen auf antisemitische Vorfälle jeglicher Art in Hannover und Niedersachsen sowie deren Kategorisierung erfolgen über das Portal „www.report-antisemitism.de“.

Das Ziel ist es, die vielfältigen Erfahrungen und Wahrnehmungen der Betroffenen von Antisemitismus sichtbar zu machen. Auch niedrigschwellige/nicht-strafbare Vorfälle, welche nicht polizeilich angezeigt werden können oder wollen, werden als relevant verstanden. Ein großer Teil der analysierten Vorfälle wurde RIAS Niedersachsen direkt über die mehrsprachige Meldeseite „www.report-antisemitism.de“ mitgeteilt. Des Weiteren erreichen das Projekt Informationen über antisemitische Vorfälle über E-Mails, institutionalisierte Formen der Übermittlung, anlassbezogene Gespräche mit jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen sowie Presseberichte. Für mehrere Vorfälle war das projekteigene Monitoring von Medien und Veranstaltungen die Quelle.



Inhaltlich orientiert sich die Einordnung antisemitischer Vorfälle durch RIAS Niedersachsen an der von der Bundesregierung empfohlenen „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA). Bei der Abgrenzung zwischen israelbezogenem Antisemitismus und legitimer Kritik an israelischer Politik orientiert sich RIAS Niedersachsen neben der IHRA-Definition zudem an der von Natan Sharansky vorgeschlagenen Trias aus Dämonisierung, Delegitimierung und doppelten Standards.

Statistik zu antisemitischen Vorfällen 2023 (Stand: 5. Januar 2024)

RIAS Niedersachsen analysiert bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle folgende verschiedene Kategorien: Vorfalltyp, Gruppen von Betroffenen, Ort des Vorfalls, Erscheinungsformen von Antisemitismus sowie politisch-weltanschaulicher Hintergrund der sich antisemitisch Äußernden oder Handelnden.

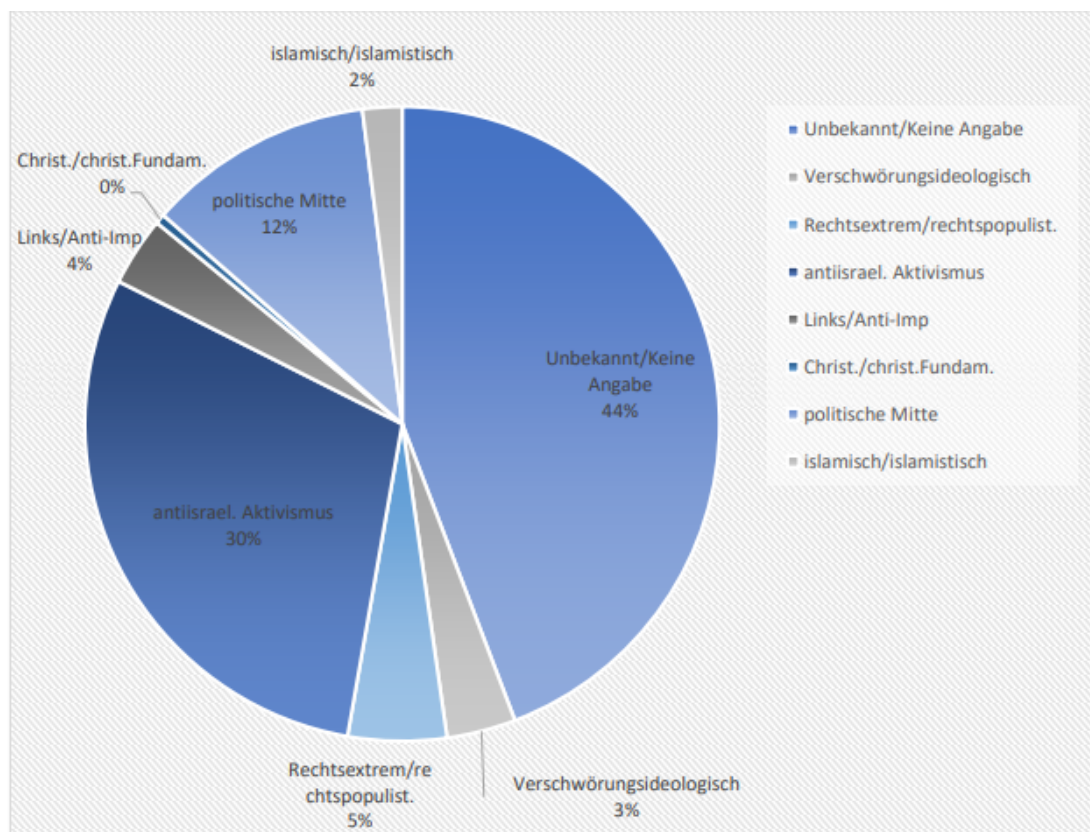
Unter den 198 (vorläufiger Wert) dokumentierten Vorfällen waren 8 Angriffe bekannt, darunter versteht RIAS Niedersachsen körperliche Angriffe oder Angriffsversuche ohne schwerwiegende körperliche Schädigungen. Weiterhin wurden 6 Fälle in der Kategorie „Bedrohung“ registriert. 171 der Gesamtvorfälle fallen in die Kategorie „verletzendes Verhalten“. Darunter werden sämtliche antisemitische Äußerungen gegenüber jüdischen, israelischen oder anderen Personen oder Institutionen gefasst. Die hohe Zahl an Vorfällen, die der Kategorie „verletzendes Verhalten“ zugerechnet werden, macht deutlich, dass sich Antisemitismus in Niedersachsen vor allem als relativ niedrigschwelliges Alltagsphänomen äußert. Gezielte Sachbeschädigungen, die sich gegen jüdische Einrichtungen, gegen Eigentum von Jüdinnen und Juden oder gegen Gedenkort richteten, wurden 10 Mal dokumentiert. Weiterhin gab es 3 Massenzuschriften, das heißt Zuschriften, die erkennbar an mehr als drei Empfänger*innen gesendet wurden.

Alltagsantisemitismus zeigt sich nicht nur über eine hohe Anzahl von Vorfällen verletzenden Verhaltens. Auch der Blick auf die Tatorte, also die Orte, an denen sich antisemitische Vorfälle ereigneten, zeigt, wie allgegenwärtig der Antisemitismus im Leben der Betroffenen ist. Die Betroffenen können ihm potenziell überall begegnen und sich ihm nicht entziehen. Im Jahr 2023

fanden die meisten Vorfälle auf oder an der Straße statt (39 %). 12 % wurden in Bildungseinrichtungen und 6 % in Gedenkortern dokumentiert. 15 % wurden im Internet registriert. RIAS dokumentiert Vorfälle im Internet nur, wenn Dinge direkt an Personen oder Institutionen geschickt werden. Alles andere wird nicht erfasst. Das bedeutet, bei den 15 % handelt es sich um einen sehr starken Anstieg. Das bedeutet, Frau Seidler hat zu Recht darauf hingewiesen, dass der Antisemitismus in den Social Media stark zugenommen hat.

Die am weitesten verbreitete Form antisemitischer Artikulation 2023 war mit 37 % der israelbezogene Antisemitismus. Der Post-Schoa-Antisemitismus äußerte sich häufig in einer Täter-Opfer-Umkehr oder in Formen der Schoa-Relativierung bis hin zur Leugnung (in 20 %). Im antisemitischen Othering werden Jüdinnen und Juden als fremd oder nicht dazugehörig beschrieben. Fälle, in denen Personen oder Institutionen als „Jude“ beschimpft werden, werden ebenfalls als Othering klassifiziert. Dies geschah in 15 % der dokumentierten Fälle. 16 % waren Fälle, die dem Antijudaismus zugerechnet werden.

Politisch/weltanschaulicher Hintergrund



Die Analyse des politischen Hintergrunds zeigt, dass die überwiegende Anzahl der Fälle dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnet werden konnte. Hierunter fallen jene Vorfälle, die keinem anderen politischen Hintergrund eindeutig zugeordnet werden können und bei denen eindeutig die israelfeindliche Motivation gegenüber einer politischen Positionierung, beispielsweise im linken, rechten oder islamisch/islamistischen Spektrum, dominiert.

Im analysierten Zeitraum wurde knapp jeder dritte Vorfall, 30 %, dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnet. Weitere 2 % entfallen auf den islamisch/islamistischen Hintergrund. 4 % der

Fälle wurden als links/antiimperialistisch klassifiziert. Jeweils knapp 5 % entfallen auf den rechts-extremen und 3 % auf den verschwörungsideologischen Hintergrund. In 12 % der Fälle konnten Vorfälle der politischen Mitte zugeordnet werden. Weniger als 1 % entfällt auf das christlich-fundamentalistische Spektrum. In 44 % - also fast der Hälfte - der Fälle war der politische Hintergrund unbekannt. Darunter findet sich die ganze Bandbreite von Vorfall-Arten - sowohl Angriffe als auch solche aus der Kategorie „verletzendes Verhalten“. Dass antisemitische Vorfälle nicht nur von Personen mit einem erkennbaren politischen Hintergrund ausgehen, verstärkt bei Jüdinnen und Juden die Wahrnehmung, dass sie potenziell überall mit Antisemitismus konfrontiert werden können.

Seit dem 7. Oktober 2023 ist ein erhöhtes Meldeaufkommen zu verzeichnen. Allgemein lässt sich analytisch festhalten, dass exogene Faktoren wie der palästinensisch-israelische Konflikt, verknüpft mit der organisierten Mobilisierung von Social Media Kampagnen und Versammlungen, Gelegenheitsstrukturen etablieren, die antisemitische Täter*innen motivieren und damit Gewalt begünstigen. Die Gelegenheitsstruktur, die das Massaker der Hamas und der Krieg in Israel und Gaza für antisemitische Vorfälle darstellt, ist eine Rahmenbedingung, die antisemitisches Handeln ermöglicht oder wahrscheinlicher macht. Sie sind dabei nicht der Grund für antisemitische Äußerungen oder Handlungen, sondern bieten diesen lediglich einen Rahmen.

Weitere Informationen können Sie auch dem RIAS Bund Bericht zu Reaktionen auf den 7. Oktober entnehmen. Dieser Bericht ist auf der Internetseite der RIAS Bund zu finden; Niedersachsen hat zu diesem Bericht beigetragen.

Fazit

Die von RIAS dokumentierten Vorfälle erfassen immer nur einen Ausschnitt der Wirklichkeit. Trotz aller Bemühungen ist weiterhin von einer großen Dunkelziffer antisemitischer Vorfälle auszugehen, die niemals gemeldet oder registriert werden. Zudem wertet RIAS nur Vorfälle aus, die den RIAS-Kriterien für einen antisemitischen Vorfall entsprechen. Wenn wir von Vorfällen hören, prüfen wir genau, ob sie unseren Kategorien entsprechen. Falls das nicht so ist, wird der Fall an andere Stellen weitergeleitet. Es lassen sich also keine Schlüsse darauf ziehen, wie viele Menschen in Niedersachsen antisemitisch denken oder handeln. Viel wichtiger ist es, die alltägliche Dimension von Antisemitismus in Niedersachsen zu verdeutlichen.

Antisemitismus hat einen alltagsprägenden Charakter: Das Wissen um eine mögliche Konfrontation mit antisemitischen Artikulationen beeinflusst das individuelle Verhältnis zur eigenen jüdischen Identität. Dies betrifft Fragen der Sichtbarkeit und Sicherheit.

Es existiert eine Kontinuität an antisemitischen Vorfällen, die in vielfältigen Interaktionen geschehen können. Gesellschaftliche Ereignisse können zudem Gelegenheitsstrukturen schaffen, um Antisemitismus offener, häufiger und scheinbar legitim zu artikulieren.

Antisemitismus ist in Deutschland tief verwurzelt, und Judenhass ist in allen Teilen der Gesellschaft zu finden. Ihn auf eine bestimmte Gruppe zu externalisieren, ist falsch. Ein hohes Aufkommen von antisemitischen Vorfällen wie nach dem 7. Oktober ist nicht vorhersehbar, Phänomene sind dynamisch und wandelbar. Um Entwicklungen abbilden zu können, der Personalfuktuation

vorzubeugen und das Vertrauen der jüdischen Community nicht zu gefährden, müssen die Stellen bei RIAS verstetigt und abgesichert sein. Die Forderung des Landtags an die Landesregierung, RIAS Niedersachsen auszubauen und Stellen zu verstetigen, ist daher zu begrüßen.

Abg. **Thorsten Paul Moriße** (AfD): Ich bedanke mich für die ausführliche Berichterstattung.

Abg. **Saskia Buschmann** (CDU): Finden wir die von Ihnen vorgelegten Zahlen auch in der PKS? Findet zwischen Ihnen und der Polizei ein kontinuierlicher Austausch statt? Oder müssen wir, wenn wir auf Daten bezüglich antisemitischer Straftaten zurückgreifen wollen, verschiedene Quellen auswerten? Diese Frage ist für uns als Innenpolitikerinnen und Innenpolitiker selbstverständlich wichtig.

Katarzyna Miszkiel-Deppe: Die Zahlen, die ich hier dargestellt habe, kommen aus unserem eigenen Meldenetzwerk. Sie sind nicht mit Zahlen aus dem Bereich PMK abgeglichen. Wir erfassen auch Vorfälle, die unterhalb der Strafbarkeitsgrenze liegen.

Abg. **Saskia Buschmann** (CDU): Und die Richtlinien, nach denen Sie entsprechende Vorfälle erfassen, sind Ihrer Homepage zu entnehmen?

Katarzyna Miszkiel-Deppe: Ja. Die Zahlen für 2023 sind noch vorläufig. Die Zahlen für die Jahre 2021 und 2022 finden Sie auf unserer Internetseite. Über den RIAS-Bundesverband ist ein Bericht über das Massaker der Hamas erschienen. Daran haben wir ebenfalls mitgearbeitet.

Abg. **Martina Machulla** (CDU): Ich hätte gerne eine Einschätzung von Ihnen, wie Sie zu den vorliegenden Entschließungsanträgen stehen. Darin werden ja einige Vorschläge unterbreitet, welche Maßnahmen auf den Weg gebracht werden sollen, um sich dem Problem zu nähern und die Situation zu verbessern. Haben Sie noch diesbezügliche Ergänzungsvorschläge oder Ideen, wie man das Ganze erweitern müsste, damit eine Effektivität gegeben ist?

Katarzyna Miszkiel-Deppe: Ein Problem ist sicherlich, dass die Aktivitäten nachhaltig gestaltet werden. Es braucht in konkreten Fällen sofortige Intervention. Und schließlich müssen alle Formen der Prävention gerade im Bildungsbereich wie Kindergarten, Schule, Ausbildung, Universität und Erwachsenenbildung ausgebaut werden. Auch die Initiativen, die Frau Dr. Seidler vorgestellt hat, müssen auf sichere Füße gestellt werden.

Es darf nicht nach der Feuerlöscher-Methode gearbeitet werden. Antisemitismus ist virulent und kommt in der gesamten Gesellschaft vor. Wir haben gehört, dass der Antisemitismus abnimmt, je länger sich Migrantinnen und Migranten in Deutschland aufhalten. Aber: Wir erfassen sämtliche Vorfälle, und es ist sicher, dass Antisemitismus auch codiert auftritt. Je länger die Aufenthaltsdauer, desto codierter und verschleierter oftmals der Antisemitismus.

Abg. **Martina Machulla** (CDU): Sie haben vorhin ausgeführt, dass insbesondere im Internet Antisemitismus in den verschiedensten Formen zu finden ist. Hätte es aus Ihrer Sicht Sinn, dass man dort gezieltere Kampagnen - auch vielleicht seitens der Landesregierung - unternimmt, um diesen Antisemitismus im Netz in irgendeiner Form in den Griff zu bekommen?

Katarzyna Miszkiel-Deppe: Es gibt zahlreiche Kampagnen - beispielsweise die Kampagne der Amadeu Antonio Stiftung „Hass im Netz“. Oder das Projekt „Good Gaming“, das sich an die Gamer-Szene richtet. Natürlich müssen im Bildungsbereich noch mehr Aufklärung und Prävention

gemacht werden. Es kann nicht sein, dass sich die Schülerinnen und Schüler auf Tiktok über den Nahostkonflikt informieren. Zu der Frage, wie die Eltern betroffener Kinder mit Antisemitismus in Social Media umgehen, hat der Zentralrat eine Empfehlung herausgegeben. Das ist in der Tat ein sehr großes Problem.

Abg. **Evrin Camuz** (GRÜNE): Ich frage mich, wie das Meldenetzwerk funktioniert. Wie erreichen Sie die Leute? Oder wenden sich Betroffene über die Verbände an Sie? Wie machen Sie die Öffentlichkeitsarbeit, sodass Betroffene davon erfahren?

Katarzyna Miszkiel-Deppe: Zum einen pflegen wir regelmäßigen Kontakt mit jüdischen Verbänden. Dies gilt auch für zivilgesellschaftliche Akteure wie den Verband Jüdischer Studierender, außerdem für Gedenk-Initiativen und Erinnerungskultur-Initiativen sowie für Netzwerke innerhalb der Landes-Demokratiezentren und des Landespräventionsrates. In diesen Netzwerken bewegen wir uns. Vorfälle kann man uns entweder telefonisch oder über unsere Website melden.

Abg. **Evrin Camuz** (GRÜNE): Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben über die politische Liste wieder zusätzliche Gelder für RIAS eingestellt. Haben Sie das Geld bereits erhalten, oder befindet sich der Vorgang ebenfalls noch in Bearbeitung?

Wir haben vorhin gehört, dass 90 % der Jüdinnen und Juden in Deutschland einen Migrationshintergrund haben. Ist es möglich, entsprechende Vorfälle in verschiedenen Sprachen zu melden? Bestehen gegebenenfalls sprachliche Barrieren, sodass Betroffene Vorfälle vielleicht nicht melden können?

Katarzyna Miszkiel-Deppe: Die Website ist mehrsprachig. Die Mitarbeitenden von RIAS sprechen vier Sprachen: Russisch, Englisch, Ukrainisch und Deutsch. Außerdem sprechen sie auch ein wenig Hebräisch.

Für die Gelder haben wir eine informelle Zusage. Wir warten noch darauf.

Abg. **Ulf Prange** (SPD): Sie haben die Verweisberatung angesprochen. Menschen, die von diesen Vorfällen psychisch betroffen sind, werden unterstützt. Wie ist hier die Beratungsstruktur? Gelingt es Ihnen, immer entsprechende Hilfe zu vermitteln?

Katarzyna Miszkiel-Deppe: Wir führen eine Verweisberatung durch. Wir haben also auch die Funktion einer Clearingstelle. Wir betrachten die Vorfälle genau und entscheiden, welche Hilfe die Betroffenen brauchen. Brauchen sie eine rechtliche Beratung? Brauchen sie psychosoziale Unterstützung? Brauchen sie möglicherweise Mittel aus dem Opferfonds? Wir nutzen auch unsere Struktur innerhalb der Amadeu Antonio Stiftung. Wir haben eine enge Zusammenarbeit mit der Betroffenen-Beratung in Niedersachsen und auch mit OFEK e.V. Selbstverständlich halten wir auch Rücksprache mit den Gemeinden.

Vors. Abg. **Christoph Plett** (CDU): Herzlichen Dank für Ihre Arbeit! Neben den offiziellen Statistiken sind wir hier im Landtag natürlich auch weiterhin darauf angewiesen, Ihre Eindrücke aufzuarbeiten.

Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention (MIND)**Anwesend:**

- Ahmad Mansour

Ahmad Mansour: Herzlichen Dank für die Einladung zu dieser Anhörung. Erlauben Sie mir bitte vorab einen Appell: Ich werde in meiner Rede sehr deutlich, weil ich glaube, dass die Zeit auch deutliche Worte braucht. Ich bitte Sie, nicht in reflexhafte Abwehr überzugehen, sondern vielleicht ein, zwei Minuten darüber nachzudenken und zu reflektieren, ob meine Kritikpunkte berechtigt sind oder nicht.

Wenn es um Antisemitismus geht, dann reden wir über ein von der Herkunft her übergreifendes Phänomen. Meine Vorrednerinnen haben sehr deutlich gesagt: Antisemitismus findet man rechts, links, in der Mitte der Gesellschaft und in der muslimischen Community. Ich weiß, dass manche - vor allem in der AfD - sehr hart versuchen, diesen Vorwurf von sich zu weisen. Ich muss hier aber in aller Deutlichkeit meine Meinung sagen: Wenn es um Präventionsarbeit gegen Antisemitismus in unterschiedlichen Bundesländern, mit denen wir zusammenarbeiten, und wenn es vor allem um Flüchtlinge und Migranten geht, dann sind die AfD-Abgeordneten diejenigen, die am meisten diese Arbeit abwerten, nicht akzeptieren und immer wieder versuchen, diese Arbeit durch kleine Anfragen zu erschweren. Die AfD zeigt sich immer wieder als israelfreundlich. Aber auch, wenn man mit vielen Juden und Israel-Unterstützern in Deutschland spricht, dann erscheint diese Unterstützung als sehr scheinheilig. Denn wer Israel unterstützen möchte, wer die historische Verantwortung mittragen möchte, der muss auch seine eigenen Reihen anschauen und reflektieren, ob dort antisemitische Einstellungen existieren. - Ich bitte um Nachsicht, dass ich das unbedingt sagen wollte.

Am 7. Oktober fand der größte Pogrom an Juden seit dem Zweiten Weltkrieg statt. Wer die Dimension dieses Ereignisses verstehen möchte, muss auch die Gründe verstehen, warum Israel entstanden ist. Israel ist gegründet worden, damit Juden sich nicht in Kellern oder Schränken vor Antisemiten und Mördern verstecken müssen. An diesem Tag ist das aber passiert. Das ist etwas, was in den Seelen vieler Juden - vor allem in Israel, aber nicht nur - tiefgreifende Ängste aktiviert. Ich habe mit Holocaust-Überlebenden gesprochen, die das Massaker miterlebt haben. Sie sprachen davon, dass sie an diesem Tag - auch wenn hier natürlich kein Vergleich möglich ist - eine Mini-Schoah erlebt haben. Das wird den Nahen Osten, die israelische Gesellschaft und den Umgang mit den Palästinensern massiv und nachhaltig verändern. Die Auswirkungen dieses Krieges werden in vielen arabischen Ländern, in vielen muslimischen Ländern zu spüren sein, auch in Israel, aber auch in Europa.

Wenn wir diese Dimension verstehen, dann müssen wir auch verstehen und begreifen, dass in unseren eigenen Reihen hier in Deutschland Menschen schon am 7. Oktober dieses Massaker gefeiert und auf der Straße kein Scheu vor Kameras gehabt haben, um demonstrativ und sehr deutlich ihre Freude darüber zu zeigen, dass an diesem Tag Juden ermordet wurden, weil sie Juden sind.

Übrigens: Das Massaker fand an Orten statt, wo viele Menschen sehr links orientiert sind, wo viele Menschen seit Jahren für die Koexistenz, für die Hilfe und Unterstützung für Palästinenser vor allem in Gaza aktiv waren. Das macht etwas mit einer Gesellschaft.

Aber zurück nach Deutschland. Das, was wir erlebt haben, ist nicht vergleichbar mit anderen Konflikten, ist nicht vergleichbar mit Demos, die wir seit Jahren in Deutschland immer dann erleben, wenn es irgendwo im Nahen Osten zu einer Eskalation kommt. Ich lebe seit 20 Jahren in Deutschland und erlebe seit 20 Jahren immer wieder, dass uns Schulen maximal 48 Stunden nach einer Eskalation kontaktieren und sagen, sie brauchen Hilfe. Dieses Mal hat das Dimensionen angenommen, die für mich unvorstellbar waren: Juden und Jüdinnen haben ihre Kinder nicht zu Schulen geschickt. Menschen haben darüber nachgedacht, die Mesusa an den Türen zu entfernen, damit nicht erkennbar wird, dass sie Juden sind. Menschen hatten immer ihre Eltern und Großeltern ausgelacht, wenn sie gesagt haben, wir leben auf gepackten Koffern und müssen über Alternativen nachdenken, wenn es hier unbequem wird, und fangen jetzt an, darüber nachzudenken, das Land zu verlassen.

Wir müssen nicht viel darüber nachdenken. Wir sollten nur Richtung Frankreich gucken und merken, dass ein Exodus von Juden in Europa möglich ist. Es geht nicht um große Ereignisse, nicht um einen Terroranschlag von gigantischer Dimension, sondern um diese alltägliche Bedrängnis, um Antisemitismus, der alltäglich wird, sodass Menschen sich irgendwann zurückziehen und auch darüber nachdenken, vielleicht im Nahen Osten Sicherheit zu finden. Darüber müssen wir zweimal nachdenken: Menschen fühlen sich in Berlin, in Hannover, in München nicht sicher und emigrieren in Richtung Naher Osten, damit sie dort Sicherheit finden.

Das, was wir erlebt haben, war aber auch ein Erwachen aus einer Illusion. Jetzt schaue ich vor allem linke Abgeordnete, Abgeordnete aus der SPD, aber auch aus der CDU und von den Grünen an. Wir haben zu oft Probleme verdrängt. Wir waren nicht bereit, deutlich über die Herausforderungen einer multikulturellen Gesellschaft zu sprechen. Wir waren nicht bereit, über muslimischen Antisemitismus zu sprechen, über gescheiterte Integration, über nicht emotionales Ankommen in einer Gesellschaft. Diejenigen, die das getan haben, wurden sehr schnell als rassistisch, als rechtsradikal, als Islamhasser abgetitelt. Natürlich gibt es solche Phänomene. Aber ich bitte Sie, den 7. Oktober und die Ereignisse, die in Deutschland stattfanden, als einen Punkt zu nehmen, um darüber zu reflektieren, dass wir Probleme in dieser Gesellschaft haben. Diese Probleme bedeuten nicht, dass wir pauschalisieren, und bedeuten nicht, dass wir Leute aufgrund ihrer Herkunft hassen, sondern wir müssen uns gemeinsam auf den Weg machen, um Lösungen zu finden, um die Menschen zu erreichen, um aus Ausländern, aus Fremden Demokraten zu machen. Das bedeutet Ressourcen. Das bedeutet viel Arbeit. Aber es bedeutet in erster Linie, dass wir gemeinsam eine Sprache finden, um diese Probleme zu benennen, ohne Angst haben zu müssen, als Rechtsradikaler zu gelten oder die Falschen zu unterstützen. Die Falschen sind keine Partei in diesem Diskurs. Sie sind Teil des Problems und nicht Teil der Lösung.

Wie sieht die Lösung aus? - Die Lösung sieht so aus, dass wir natürlich über Integrationsmaßnahmen nachdenken müssen und dass die historische Verantwortung Deutschlands nicht nur den Deutschen, die immer hier waren, gilt, sondern auch Menschen, die dazugekommen sind. Es geht nicht darum, dass man Israel nicht kritisiert, dass man sich nicht mit den Palästinensern solidarisiert und dass man nicht darüber trauert, dass in diesem Krieg auch unbeteiligte Palästinenser sterben, sondern es geht hier um das Existenzrecht Israels. Das ist nicht verhandelbar.

Wer Teil dieser Gesellschaft sein will, trauert nicht nur über die toten Juden im Zweiten Weltkrieg, sondern versteht auch die historische Dimension des Staates Israel und soll auch nicht dessen Existenz hinterfragen. Wer Teil dieser Gesellschaft sein will, muss das akzeptieren. Das bedeutet aber Begleitung, Dialoge, Perspektiven und - wie meine Vorrednerinnen immer wieder

gesagt haben - Begegnung. Das bedeutet, dass wir in die Schulen gehen müssen, um das klarzumachen, um auch eine differenzierte Haltung zu diesem Nahostkonflikt zu vermitteln.

Der 7. Oktober hat aber auch gezeigt, dass wir bestimmte Sachen verschlafen haben. Sie haben hier viele Fragen zum Thema soziale Medien gestellt - zu Recht! Denn das, was wir nach dem 7. Oktober erlebt haben, war ein koordinierter, gut vorbereiteter Tsunami an Mobilisierungsmöglichkeiten, die Hamas und andere Antisemiten in den sozialen Medien installiert haben. Wer heute - viele Jugendliche tun das - Informationen über den Nahen Osten einholt, landet zu 90 bis 95 % bei antisemitischen Narrativen, bei Schwarz-weiß-Bildern, bei Menschen und Influencern, die gezielt versuchen, Menschen auf der Straße zu bewegen. Hamas möchte Leute auf die Straße bringen. Hamas möchte, dass die Leute hier in Europa auf die Straße gehen. Das ist eine Front eines Mehrfrontenkrieges, die Hamas gut überlegt und gut vorbereitet hat. Sie möchte, dass die Leute Druck auf die Regierungen hier in Europa ausüben. Wir können das in Frankreich sehr deutlich sehen, und wir konnten das auch sehen, als Anfang Oktober ein paar Tage nach dem Kriegsausbruch Meldungen über einen angeblichen Angriff auf ein Krankenhaus in Gaza kamen. Von den ersten Meldungen bei Al Jazeera auf Arabisch hat es 26 Minuten gedauert, bis Menschen bundesweit auf die Straße gegangen sind und sogar den Konflikt mit der Polizei usw. gesucht haben. 26 Minuten! Dann sollten wir uns und sollten Sie sich als Politiker fragen: Wo sind wir? Wo sind die Demokraten? Wo sind die Gegennarrative? Wo ist die politische Bildung, die heute nicht mehr in Broschüren, nicht mehr in den Schulen, sondern auch in den sozialen Medien stattfinden soll? Wo ist der Versuch, auch da Menschen emotional zu erreichen, irgendwie eine differenzierte Haltung zu vermitteln? Das begrenzt sich nicht auf das Thema Antisemitismus. Das ist etwas, was wir von Populisten kennen. Ich glaube, dass wir nächstes Jahr noch einmal darüber nachdenken werden, welche Auswirkungen der amerikanische Wahlkampf auf die Mobilisierung in den sozialen Medien hat, wo mittlerweile auch Desinformation und mit KI bearbeitete Bilder zur Meinungsbildung führen, anstatt dass wir diese Orte auch als Orte der Demokratie verstehen.

Der zweite Punkt, wo wir Nachholbedarf haben, ist die Schule. Wir bekommen seit dem 7. Oktober täglich Dutzende Anfragen von Schulen, die sagen: Bei uns brennt es, wir brauchen Unterstützung! - Wenn wir zu Schulen gehen, müssen wir immer wieder klarmachen: Jetzt ist nicht die Zeit, über den Nahen Osten zu sprechen. Es ist nicht die Zeit, Informationen und eine differenzierte Haltung zu vermitteln. Es ist die Zeit, erst mal Orte zu schaffen, wo diese Menschen das Gefühl haben, dass sie und ihre Emotionen wahrgenommen werden. Man kann mit ihnen darüber sprechen. Das ist eine hoch emotionalisierte Zeit. Das sind sehr wütende Jugendliche. Sie sind sehr wütend, weil sie entweder biografisch betroffen sind oder mehrere Stunden pro Tag mit antisemitischer Propaganda in den sozialen Medien zu tun haben.

Ich möchte diese Arbeit aber nicht mehr machen. Ich möchte, dass die Medienkompetenz insgesamt ein verpflichtendes Fach in den Lehrplänen zur Ausbildung von Lehrern und Lehrerinnen wird - denn das ist die Zukunft; wenn wir das jetzt nicht vermitteln, dann werden wir Probleme bekommen - ebenso wie das Thema Nahostkonflikt. Wir sind eine multikulturelle Gesellschaft. Hier leben Menschen, die ihre biografischen Wurzeln nicht in Deutschland haben. Sie sind involviert. Damit wir sie erreichen, müssen wir das in den Schulen zum Thema machen. Aber die Lehrer müssen erst mal befähigt werden, darüber zu sprechen. Viele wollen das tun, aber haben nicht die Informationen und nicht die pädagogischen Konzepte, um das zu bearbeiten. Sie haben

Angst und ziehen sich zurück. Dann übernehmen andere Akteure die Vermittlung von Informationen. Das sind meistens Desinformationen oder etwas, was sehr an Antisemitismus grenzt.

Mein letzter Punkt: Das, was wir seit dem 7. Oktober im Westen insgesamt, aber auch hier in Deutschland erlebt haben, ist eine Zusammenarbeit von sogenannten identitätspolitischen Linken mit Islamisten und Antisemiten, die seit Jahren als Akteure beim Antirassismus, aber vor allem in den postkolonialen Studies sozusagen einen Freischein bekommen, Israel zu dämonisieren, indem Israel als die letzte Kolonialmacht dargestellt wird, indem BDS unterstützt wird und indem Israel nicht nur kritisiert, sondern eine massive Ablehnung dieses Staates betrieben wird. Die Ergebnisse haben wir jetzt. Die Ergebnisse sind, dass jüdische Studierende in manchen Universitäten Angst haben, dass Linke mittlerweile überhaupt keine Distanz haben. Ich möchte hier nicht verallgemeinern, aber ein gewisser Teil der Linken hat keine Distanz zu Islamisten. Das haben wir in Essen, das haben wir in Berlin auf unterschiedlichen Demos gesehen.

Es ist jetzt Zeit zu reflektieren. Wir müssen eine Antirassismus-Arbeit machen. Wir müssen natürlich bestimmte Entwicklungen reflektieren. Wir müssen auch die Kolonialzeit aufarbeiten. Wir tun das aber auf eine differenzierte Art und Weise, mit der nicht antisemitische Bilder reproduziert oder verbreitet werden. Wer Hamas als legitimen Widerstandskämpfer bezeichnet, der hat nicht aus der Geschichte gelernt und ist nicht unser Partner, weder im Kampf gegen Rassismus, noch beim Kampf gegen sogenannte postkoloniale Ereignisse.

Abg. **Thorsten Paul Moriße** (AfD): Vielen Dank für die ausführliche Berichterstattung - bis auf das AfD-Bashing. Aber das ist die Meinungsfreiheit; Sie können das sehr gerne vertreten.

Sie erwähnten gerade, die Aufarbeitung in den Schulen ist sehr wichtig. Das haben Sie überwiegend in den Fokus gerückt. Wie gehen Sie denn mit den derzeitigen Ermittlungen des Staatsschutzes in der Schule in Neuss aufgrund des Scharia-Islam um? Wie gedenken Sie, so etwas entgegenzutreten? Ich lese gerade: „Oberstufen-Schüler wollten an einer Gesamtschule in Neuss ultrastrenges Islam-Regeln durchsetzen. ... Der Staatsschutz ermittelt ... „Scharia-Polizei““. Wie bewerten Sie die derzeitige gefährliche Lage bei Islam und Scharia?

Ahmad Mansour: Ich mache einen großen Unterschied zwischen Islam und Islamismus. Ich merke, dass der 7. Oktober viele Leute sehr emotionalisiert. Das führt natürlich dazu, dass radikale Gruppierungen vor allem in islamistischen Milieus versuchen, auf Jugendliche Einfluss zu nehmen. Ich sehe eine Radikalisierungswelle vor uns. Die ist mittlerweile schon da, wie man in Staatsschutzberichten lesen kann. Ich finde, die einzige Lösung, um diese Menschen zu gewinnen, ist Präventionsarbeit. Das heißt, die Schule muss ganz klare Regeln aufstellen, wie eine multireligiöse Gesellschaft aussehen soll, vor allem im Kontext von Pädagogik und Schule. Aber ich mache in meiner Arbeit die Erfahrung, dass man viele Menschen erreichen kann, wenn man einen Dialog auf Augenhöhe führt, wenn man sie sensibilisiert, wenn man den Unterschied zwischen legitimer Ausübung von Religion und Radikalisierung deutlich macht und immer wieder versucht, die Menschen durch kritisches Denken, durch Nachfragen zum Nachdenken zu bringen. Viele Faktoren führen zur Radikalisierung. Diese Faktoren müssen angesprochen werden, und wir müssen alles tun, um diese Leute zu gewinnen. Das ist mein Verständnis von Präventionsarbeit: alles zu tun, um die Seelen und um die Köpfe dieser Menschen zu kämpfen. Das ist vor allem in einer Gesellschaft möglich, die viel anzubieten hat, was Freiheit, was Individualität, was Würde und was natürlich auch Religionsfreiheit angeht.

Abg. **Evrin Camuz** (GRÜNE): Vielen Dank für Ihren Bericht. Sie haben in Ihrem Bericht auch die Integrationsdebatte angeführt. Dazu habe ich noch eine Frage. Es gab ja eine Studie der Universität Bielefeld und der Stiftung EVZ aus dem Jahr 2018, die gezeigt hat, dass über die Hälfte der Befragten - hierbei handelt es sich um Deutsche ohne Migrationshintergrund - davon ausgeht, dass ihre Vorfahren selbst Opfer des Nationalsozialismus gewesen seien. 18 % der Befragten gaben an, ihre Vorfahren hätten den Verfolgten in der Schoah sogar auch geholfen. Historisch gesehen lässt sich das nicht belegen, sondern tatsächlich haben weniger als 0,3 % der Deutschen geholfen. Vor dem Hintergrund, dass Sie gesagt haben, man soll sich in diese deutsche Gesellschaft integrieren - ich zähle mich dazu; ich bin ein Mensch mit Migrationshintergrund -, in eine Gesellschaft, die selbst davon ausgeht, dass ihre Vorfahren nichts oder bei Weitem nichts mit der Geschichte zu tun haben, die sogar geholfen hätten, frage ich Sie: Wie beurteilen Sie die Ergebnisse dieser Studie vor dem Hintergrund der Integrationsdebatte?

Ahmad Mansour: Vielen Dank für Ihre Frage. Ich verstehe aber nicht Ihre Rhetorik. Natürlich gibt es Probleme in der Mehrheitsgesellschaft, und natürlich gibt es ganz viel zu tun, was Erinnerungskultur angeht. Ich halte den 7. Oktober sogar für einen Zeitpunkt, zu dem wir darüber nachdenken müssen, ob unsere Erinnerungskultur überhaupt funktioniert oder funktionieren kann, wenn wir immer nur an die toten Juden, aber nicht wirklich an die Entwicklungen denken, die das jüdische Volk vor allem in Israel erlebt hat, und nicht darüber nachdenken, warum Israel diesen Krieg führt, nämlich auch aufgrund der Geschichte, um stark zu sein und Auslöschungsfantasien irgendwie stoppen zu müssen als eine große Aufgabe, die diese Gesellschaft hat. Wenn ich über Probleme bei der Integration spreche, bedeutet das nicht, dass woanders keine Probleme existieren. Wenn ich über Antisemitismus in der muslimischen Community spreche, bedeutet das keinen Freifahrtschein, dass alle Deutschen kein Problem mit Antisemitismus haben. Es gibt andere Studien, die zeigen, dass vor allem in der muslimischen Community der Antisemitismus bzw. die antisemitischen Einstellungen doppelt so häufig auftreten, als dies in der Mehrheitsgesellschaft der Fall ist.

Wir müssen natürlich über Integrationsdefizite sprechen. Mir geht es bei der Integration nicht darum, irgendeine Leitkulturdebatte zu eröffnen, sondern es geht mir darum, die Grundwerte dieser Gesellschaft anzunehmen und als Chance zu verstehen. Dann kommt es aber immer wieder zu solchen Debatten: Ja, aber in Ostdeutschland gibt es die und die Probleme in der Mehrheitsgesellschaft! - Natürlich gibt es solche Probleme, und natürlich müssen wir darauf eingehen. Aber das bedeutet nicht, dass man nicht über Integrationsdefizite sprechen soll.

Abg. **Martina Machulla** (CDU): Erst einmal herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Wir haben ja jetzt ganz viel über Prävention gesprochen, die unzweifelhaft zwingend erforderlich ist. Mich würde noch Ihre Haltung dazu interessieren, dass wir uns in irgendeiner Form tatsächlich auch auf der Strafbarkeitsebene bewegen, weil es bei bestimmten Leuten aktuell vielleicht schon zu spät ist, sie noch irgendwie präventiv zu erfassen. Sehen Sie insgesamt Strafbarkeitslücken in unserer Gesellschaft, in unserem Rechtssystem, die wir noch schließen müssen? Halten Sie es für sinnvoll, dass zum Beispiel für die Einbürgerung das Bekenntnis vorausgesetzt wird, dass die betreffende Person zu Israel stehen muss? Halten Sie es auch für sinnvoll, dass man Menschen, die in der Vergangenheit Staatsbürger geworden sind, sich aber eindeutig gegen das Bekenntnis zu Israel stellen, möglicherweise sogar die Staatsbürgerschaft entzieht? Mich würden Ihre Antworten auf diese Fragen interessieren.

Ahmad Mansour: Prävention funktioniert am besten, wenn sie auch mit Repressionen gepaart wird. Diese Repressionen müssen natürlich im Rahmen einer demokratischen Gesetzgebung stattfinden. Alles, was juristisch möglich ist, sollte versucht werden. Das Anerkennen des Existenzrechts Israels als Bedingung für die Einbürgerung halte nicht nur ich bei der Reform des Einbürgerungsrechts für sinnvoll, sondern auch die Ampelregierung und auch andere Parteien. Alles, was dazu führt, dass die Menschen verstehen, dass Antisemitismus in dieser Gesellschaft keinen Platz hat, muss ausprobiert werden. Ich werde auf meiner Ebene in der Präventionsarbeit alles tun, um alle Menschen zu erreichen, ihnen eine Chance zu geben, Teil dieser Gesellschaft zu sein. Wer aber die Grundwerte dieser Gesellschaft systematisch verachtet, der muss auch mit Konsequenzen rechnen. Diese Konsequenzen reichen von einem Strafantrag bis hin zur Abschiebung, wenn diese möglich ist und alles andere nicht hilft. Das ist eine absolut legitime Haltung, die wir als Gesellschaft haben, wenn wir wirklich einen konsequenten Kampf gegen den Antisemitismus führen wollen.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Vielen Dank für Ihre Ausführungen. Sie haben uns ja am Anfang auch gewarnt. Das war schon sehr meinungsstark, was Sie vorgetragen haben. Aber ich glaube, Sie haben völlig recht. Wir sind in Zeiten, in denen man auch deutliche Worte finden muss.

Ich halte es für richtig, dass Sie auch auf Defizite hinweisen, was das Thema Integration angeht. Ich sehe allerdings auch deutlich, dass wir als Gesellschaft in den letzten 30, 40 Jahren insgesamt zu sehr ignoriert haben, dass wir eine Einwanderungsgesellschaft sind, und uns viel zu wenig offensiv den Fragen von gelungener Integration gestellt haben. Ich glaube, dass daraus eine Menge Defizite herrühren.

Ich bin allerdings sehr froh, dass wir die Debatte im Moment so führen, wie wir sie führen. Denn ich habe das Gefühl, dass Ihr Weckruf tatsächlich auch ankommt. Ich weiß nicht, ob Sie den gemeinsamen Antrag kennen, den wir vorgelegt haben. Darin steht auch eine Menge dessen, was Sie gesagt haben.

Ich möchte gerne zwei konkrete Fragen stellen. Zunächst zu Ideen für Begegnungen. Sie haben selber erwähnt, dass das ein ganz wichtiger Punkt ist. Ich erlebe unglaublich viel Unwissen über jüdisches Leben, auch über historische Zusammenhänge, aber auch über den Nahostkonflikt. Was erleben Sie dort? Sie haben ja viel Erfahrungen mit Präventionsarbeit. Wie kann Begegnung funktionieren?

Sie haben auch den digitalen Raum, die sozialen Medien angesprochen. Müssten hier nicht auch die Anbieter noch viel mehr in die Verantwortung genommen werden? Denn die Algorithmen scheinen Antisemitismus eher zu befördern und zu unterstützen. Alles, was spaltet, was gegeneinander ist, was eher Desinformation ist, scheint auch technische Unterstützung zu erfahren. Das heißt, die Normierung, die wir unbedingt wollen, findet im digitalen Raum überhaupt nicht statt. Ich bin bei Ihnen, dass wir selber auch verstärkt Bildungsangebote und Informationsangebote machen müssen, aber da sind auch die Anbieter stärker in der Pflicht. Oder sehen Sie das nicht so?

Ahmad Mansour: Absolut. Ich verstehe deshalb nicht, warum es so „in“ geworden ist, Elon Musk und Twitter bzw. X zu kritisieren - und zwar zu Recht zu kritisieren -, aber ich höre nicht, dass zum Beispiel Tiktok kritisiert wird, wo gerade die Mehrheit der antisemitischen Narrative stattfindet, wo wirklich ein Tsunami an gut organisierten, gut koordinierten Kampagnen auf Deutsch

stattfindet, um die Menschen zu erreichen. Genauso geschieht es auf Facebook. Warum diskutieren wir nicht, dass am 7. Oktober alle diese Anbieter genau identifiziert haben, was gerade abgeht, dass viele Massaker live gestreamt werden? Sie hatten technisch die Möglichkeit, das zu stoppen, aber haben das nicht getan. Auch das sollte zu einer Debatte führen.

Welche Konsequenzen hat es für Menschen, wenn sie andere bedrohen, wenn sie antisemitische Parolen verbreiten, wenn sie zu Gewalt aufrufen? - Ich sehe das nicht. Ich bin selber betroffen und erstatte täglich Anzeigen. Aber alle diese Anzeigen - das muss ich hier sehr deutlich sagen - sind wirkungslos, weil die Staatsanwaltschaft die Täter nicht ermitteln kann. Das ist ein Defizit, das ausgeräumt werden muss.

Zu Ihrer ersten Frage: Ich weiß nicht, ob Sie das Projekt „Meet a Jew“ kennen. Das ist ein Projekt des Zentralrats der Juden, in dessen Rahmen Jugendliche andere Jugendliche treffen, in dem es um Austausch, um Begegnung auf Augenhöhe geht. Ich halte sozialpsychologisch Begegnungen für die beste Medizin gegen Vorurteile. Auch Integration - ich komme damit zurück zum Thema Integration - ist vor allem Begegnung. Das heißt, wenn wir unsere Wohnpolitik und unsere Bildungspolitik so betreiben, dass eine gesunde Durchmischung stattfindet, dass die Leute die gleichen Chancen auf Bildung haben, gleichgültig woher sie kommen, dann sind wir viel besser dran, was Integration angeht, als bei den Zuständen, die gerade jetzt herrschen. Begegnung ist das A und O. Ich habe mehrere Projekte durchgeführt, bei denen auch „Meet a Jew“ beteiligt war - übrigens auch mit Flüchtlingen, die 2015 zu uns gekommen sind. Es war sehr emotional, zu erleben, wie offen diese Menschen sind, wenn sie anfangen, ihre Einstellungen, ihre Vorurteile zu hinterfragen, wenn sie Menschen begegnen, die sie nur mal irgendwo auf Bildern gesehen haben, aber mit denen sie nie in Kontakt getreten sind. Das ist die beste Medizin und sollte eigentlich auf allen Ebenen alltäglich werden, nicht nur im Kampf gegen Antisemitismus, sondern auch im Kampf gegen Rassismus, um eine Gesellschaft zu schaffen, in der Menschen nicht in ihren Blasen bleiben, sondern auch andere Menschen treffen, die sie im Alltag vielleicht nicht immer treffen.

Abg. **Ulf Prange** (SPD): Auch von meiner Seite vielen Dank für die deutlichen Worte. Sie haben auch sehr intensiv dafür geworben, den Nahostkonflikt stärker in Schule zu verankern. Ich halte das für einen wichtigen Punkt vor dem Hintergrund, dass, wenn man an den Antisemitismus aus dem islamischen Umfeld denkt, viele Menschen in Familien und Ländern aufgewachsen sind, in denen es zur Staatsräson gehört, Israel zu hassen, und eben nicht das Existenzrecht Israels Staatsräson ist. Insofern muss man Bildungsarbeit leisten, um gegen diese Vorurteile anzugehen, die ein Stück weit auch in Fanatismus umschwenken. Das kommt ja auch immer mal wieder in Gesprächen mit Menschen vor, von denen man eigentlich denkt, dass sie hier angekommen sind. Das gibt es auch in anderen Zusammenhängen. Insofern frage ich Sie, weil Sie ja auch so stark in der Präventionsarbeit unterwegs sind: Wie kann so etwas gelingen? Wie müsste man Lehrer befähigen? Das, was Herr Bajus gerade angesprochen hat, teile ich ausdrücklich, dass man Begegnungen schaffen muss. Denn ich glaube, es ist das Wichtigste, dass man die Menschen mit ihren Vorurteilen konfrontiert, sodass sie feststellen können, dass es in der Realität, wenn man diese Menschen trifft, gar nicht so ist. Aber wie kommt man an diese Menschen heran, wenn das so hart bei ihnen verankert ist, und wie kann man Lehrer überhaupt dazu befähigen? Sie haben vom Befähigen von Lehrern gesprochen. Das halte ich für richtig. Aber es ist ja eine sehr große, herausfordernde Arbeit, das zu leisten. Können Sie dazu noch etwas sagen?

Ahmad Mansour: Sehr gerne. Erstens. Befähigen bedeutet, dass man die Angst nimmt, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Nicht jeder Lehrer sollte jetzt ein Nahostexperte sein, aber

die Lehrer sollten die Fähigkeit haben, mit den Schülern und Schülerinnen darüber zu sprechen, und dieses Thema nicht vermeiden, wie wir dies seit dem 7. Oktober erleben, weil sie absolut Angst haben.

Zweitens. Wenn ich mit Jugendlichen zum Nahostkonflikt arbeite, dann merke ich, dass dazu ein unglaubliches Unwissen herrscht. Wo Gaza ist, wissen die meisten nicht. Wann und vor allem warum ist Israel entstanden? Wie soll es zur Zweistaatenlösung kommen? Gibt es überhaupt Bestrebungen, dass beide Länder nebeneinander existieren? - Das Wissen über all das ist nicht vorhanden. Historisches Wissen ist nicht da. Das heißt, wenn ich historisches Wissen vermittele, dann habe ich schon die Hälfte der Arbeit gemacht, indem ich diese Schwarz-weiß-Bilder, die viele Schüler und Schülerinnen haben, irgendwie abbreche.

Drittens. Ich bin ein großer Freund des Debattierens. Das heißt, die Kinder und Jugendlichen in die Position zu bringen zu debattieren, und zwar nicht emotional, sondern mit Argumenten, zum Beispiel darüber, warum man diesen Krieg ablehnt, aber auch gleichzeitig die Meinung zu vertreten, warum dieser Krieg notwendig ist oder warum Hamas eine Terrororganisation ist. Je mehr wir die emotionale Ebene verlassen - das kann natürlich nicht in einer so hoch emotionalisierten Zeit sein; das muss halt vor und nach dem Krieg stattfinden -, desto mehr können wir erreichen, indem man die ganze Debatte auf die sachliche Ebene bringt. Das soll ein Gesamtpaket von Debattieren, von Vermittlung von Inhalten, von Videomaterial sein. Das American Jewish Committee (AJC) hat schon vor Jahren ein didaktisches Konzept entwickelt, das man auch ausprobieren kann. Wenn man alle diese Pakete zusammenbringt und wenn die Lehrer die Sprache vermitteln und das auch didaktisch aufarbeiten können, dann kann man ganz viel erreichen. Vor allem müssen wir diese Sprachlosigkeit unter Lehrern systematisch abbauen.

Vors. Abg. **Christoph Plett** (CDU): Ich erlaube mir auch, eine Nachfrage zu stellen. Es gilt ja der alte Satz: Es ist schwieriger, ein Vorurteil zu zerstören, als ein Atom. Haben Sie im Rahmen Ihrer Präventionsarbeit auch die Erfahrung gemacht, dass mit den Maßnahmen, die Sie gerade detailliert dargelegt haben, auch ein Umkehrprozess, ein Umdenkungsprozess einsetzt?

Ahmad Mansour: Ich kann bei mir anfangen: ich bin palästinensischer Herkunft. Ich bin in einer Familie groß geworden, in der Antisemitismus Teil der Erziehung war. Ich habe Juden gehasst. Ich war Teil radikaler Gruppierungen, in denen dieser Hass irgendwann auch eine religiöse Dimension bekommt. Meine Rettung war, dass ich irgendwann angefangen habe, diesen Menschen an der Uni zu begegnen, und sozusagen mit meinen Feinden alltäglich in Kontakt gekommen bin. Das hat auf Dauer dazu geführt, dass ich diese Einstellung irgendwann abgelegt habe. Ich war im Rahmen meiner Arbeit in der vergangenen Woche mit meinem Team in Auschwitz. Mein Team ist überwiegend muslimisch und hat überwiegend einen Migrationshintergrund in der ersten oder zweiten Generation. Wenn man diese Reise macht, dann merkt man auch, wie viele Emotionen, wie viel Nachdenken, wie viel Hinterfragen und Reflektieren bei diesen Personen stattfanden.

Wir haben auch ein Projekt namens „ReMember“ mit der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg in Bayern. Wir haben 20 Menschen - meistens Geflüchtete, die seit 2015 zu uns gekommen sind - neun Monate lang begleitet. Am Ende haben diese Jugendlichen ein Theaterstück entwickelt, mit dem sie von Schule zu Schule gehen. Sie reden über Antisemitismus und versuchen, andere zu erreichen.

Das heißt, wenn man diese Menschen ernst nimmt und ihnen auf Augenhöhe begegnet, dann kann man Vorurteile wirklich abbauen.

Vors. Abg. **Christoph Plett** (CDU): Weitere Anmerkungen und Fragen gibt es nicht. Herzlichen Dank auch für Ihre deutlichen Worte.

Ahmad Mansour: Vielen Dank für die Einladung.

Vors. Abg. **Christoph Plett** (CDU): Ich möchte noch eine allgemeine Anmerkung anschließen. Wir haben zu dieser Anhörung Gäste eingeladen. Es ist gut und Sitte hier im Parlament, sie ausreden zu lassen - das passiert hier auch -, aber deren Äußerungen dann nicht negativ zu bewerten. Ich bitte, das für die Zukunft bei Stellungnahmen zu beachten. Denn ich glaube, es gebieten auch die Höflichkeit und die Gastlichkeit, dass man so verfährt. In diesem Sinne freue ich mich, dass wir alle uns künftig daran halten.

Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen

Anwesend:

- *Abraham Toubiana, Geschäftsführer*

Abraham Toubiana: Als erstes möchte ich Ihnen sagen, dass ich Ihren Antrag zur Vorbeugung und Bekämpfung von Antisemitismus sehr begrüße. Ich möchte Ihnen verdeutlichen, wie wichtig dieser ist. Dazu möchte ich auf ein paar Punkte eingehen. Zudem bin ich heute in Vertretung von Herrn Fürst da. Er entschuldigt sich.

Der 7. Oktober 2023 ist für alle Israelis, Juden und Jüdinnen auf der ganzen Welt ein tiefer Stich ins Herz und lässt die schlimmsten Erfahrungen, die das jüdische Volk in seiner jahrtausendealten Geschichte durchlebt hat, bis auf das Rückenmark erschauern und in unserer jetzigen Generation wieder aufleben. Wir alle waren und sind aufgrund dieses barbarischen Ereignisses und der antisemitischen Welle in einem Ohnmachtsschockzustand und hätten im Leben nicht daran gedacht, dass diese Gräueltaten und antisemitischen Hassattacken in unserem Zeitalter möglich sind.

Ich will Ihnen verdeutlichen, von was ich rede. Mein Großvater Günther Hermann Schlamm, geboren in Oberschlesien, hat Berlin am 8. November 1938 einen Tag vor der Reichspogromnacht verlassen können und ist nach Palästina geflohen, was damals unter englischem Mandat stand. Seine Tanten sind in Auschwitz ermordet worden. Seine Eltern hatten noch die Möglichkeit, nach Shanghai zu fliehen. Sämtlicher Besitz wurde enteignet. Seine Cousine Jutta Schlamm war Opfer von KZ-Arzt Josef Mengele und hat die abscheulichsten Menschenversuche und Verstümmelungen gesehen, erlebt und überlebt. Diese Ängste und Erinnerungen hat sie bis zu ihrem Tod in Los Angeles jeden Tag vor Augen gehabt.

Meine Großeltern haben nie über die Schoah gesprochen, da sie das Leben liebten und uns Enkelkinder davor schützen wollten. Jedoch war die Angst, als Jude erkennbar zu sein, immer vorhanden, wie ich als Kind deutlich spürte, aber nicht verstand. Mein Großvater hat immer gesagt, dass die Deutschen aus ihren Fehlern gelernt haben und so etwas niemals wieder möglich sei.

Meine Großeltern väterlicherseits mussten nach der Staatsgründung Israels ihre Heimat Tunesien verlassen. Sie wurden wie in allen arabischen Ländern dazu aufgefordert, ihr Hab und Gut zurückzulassen und ihre Heimat zu verlassen.

Ich will Ihnen folgende Zahlen der jüdischen Bevölkerung in den arabischen Ländern vor der Staatsgründung Israels im Vergleich zu heute vor Augen halten.

- Marokko, vor der Staatsgründung 265 000 Juden, heute sind es 2 000.
- Algerien, vor der Staatsgründung 140 000 Juden, heute sind es 50.
- Tunesien, vor der Staatsgründung 150 000 Juden, heute sind es 50.
- Ägypten, vor der Staatsgründung 75 000 Juden, heute sind es 40.
- Jemen, vor der Staatsgründung 60 000 Juden, heute sind es 50.
- Irak, vor der Staatsgründung 135 000 Juden, heute sind es genau 7; dabei war die Gesamtbevölkerung Bagdads in den 1930er Jahren sogar zu 30 % jüdisch.
- Libanon, vor der Staatsgründung 20 000, heute sind es 100.
- Libyen, vor der Staatsgründung 38 000, heute sind es 0.
- Syrien, vor der Staatsgründung 40 000, heute sind es 0.

Vor der Staatsgründung 1948 gab es in Israel 156 000 Muslime, und heute sind es 2,2 Millionen. Diese israelischen Muslime sind fester Bestandteil der Bevölkerung, die sowohl in der IDF dienen als auch als Politiker fungieren. Wäre das in einem sogenannten Apartheidsstaat möglich?

Ich möchte Ihnen zwei Dinge damit verdeutlichen. Jeder Akademiker, Journalist, politisch Interessierte, der sich auch nur oberflächlich mit dem anhaltenden Konflikt Israels mit seinen Nachbarn beschäftigt, weiß etwas über die palästinensischen Flüchtlinge, womit heute in den allermeisten Fällen ihre Nachkommen gemeint sind. Ihr Schicksal gilt bis in die Gegenwart als eines der Haupthindernisse für einen gesicherten Frieden im Nahen Osten. Hingegen finden die etwa 900 000 Juden, die seit 1948 aus den arabischen Staaten und seit 1979 aus dem Iran geflohen sind, in den gegenwärtigen Debatten zum Nahen und Mittleren Osten kaum oder gar keine Erwähnung.

Ein zweiter Punkt ist das antiisraelische Agieren der Vereinten Nationen. Seit 1947 wurden über 1 000 UN-Resolutionen zum arabisch-israelischen Konflikt verabschiedet. Mehr als 170 davon behandeln explizit oder indirekt das Schicksal der palästinensischen Flüchtlinge. Dem hingegen wird das Schicksal der 900 000 jüdischen Flüchtlinge aus den arabischen Ländern weitestgehend ignoriert. Die Verfolgungsgeschichte der Juden aus den arabischen Ländern widerspricht der gerade im deutschsprachigen Raum weit verbreiteten Annahme, der Antisemitismus in den arabischen Ländern sei ein Resultat des Nahostkonflikts und der Gründung Israels.

Sie haben vor, Fortbildungen und Unterstützungsangebote für Lehrkräfte und Fachkräfte im Themenfeld Antisemitismus und Nahostkonflikt vorzuhalten. Um jedoch ein Gesamtbild über den Nahostkonflikt zu erlangen, muss man die gesamte Geschichte des jüdischen Volkes mit einfließen lassen - eine Geschichte im Umfang von über 3 000 Jahren -, um ein klares Bild mit all seinen Facetten zu erhalten.

Ein häufiger Trugschluss ist auch, dass vor den zionistischen Einwanderungswellen keine Juden in Palästina gelebt hätten. Juden haben schon immer dort gelebt, und leider gab es auch schon

vor dem Nahostkonflikt und lange vor der Staatsgründung Israels, zum Beispiel während des Osmanischen Reiches oder dem englischen Mandat, fürchterliche Pogrome gegen Juden.

Es sind nicht einmal 78 Jahre seit der Schoah vergangen, und Juden werden wieder verfolgt, ermordet, misshandelt und boykottiert. Es ist purer Judenhass, der auf deutschen Straßen offenkundig in sogenannten Demonstrationen gezeigt wird. In Israels Nachbarstaat Syrien sind bereits mehr als 350 000 Zivilisten ermordet worden. Aber dazu gab es annähernd keine Demonstrationen wie sie heute hier zu sehen sind.

Meine Eltern verließen Israels 1969, da sie die ständigen Kriege, die Angst vor der Vernichtung und den Verlust meines Cousins im Krieg nicht verkraften konnten und den Krieg in Israel hinter sich lassen wollten. Sie kamen damals mit der Hoffnung auf ein friedvolles Leben nach Deutschland. Schon als kleiner Junge habe ich persönlich Antisemitismus erleben müssen. Im Religionsunterricht war ich schuld, dass Jesus Christus ermordet wurde. Auf dem Schulhof rief man mir nach: Hey Jude, pass auf, dass das Gas nicht entrinnt! - Judenwitze und Vorurteile kamen leider oft zum Vorschein. Sie sprechen hier mehrheitlich über den islamistischen Antisemitismus. Aber der linke und der rechte Antisemitismus waren immer schon in unserer Gesellschaft vorhanden, und sie gehören genauso bekämpft.

Es gibt sehr viele arabische Staaten. Es gibt jedoch nur einen einzigen jüdischen Staat. Sie sagen, die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsraison. In der UN-Vollversammlung am 27. Oktober 2023 hat sich Deutschland enthalten. Ist das die deutsche Staatsraison?

Ich will mich nicht immer rechtfertigen müssen, nur, weil ich ein Jude bin. Ich will nicht immer das Existenzrecht Israels verteidigen müssen, was selbstverständlich sein sollte. Ich höre in letzter Zeit immer den Satz: Israel hat das Recht, sich zu verteidigen. - Warum muss das überhaupt gesagt werden? Ist das nicht selbstverständlich? Haben Sie jemals gehört, dass die Ukraine das Recht zur Verteidigung hat? Nach dem Terrorangriff am 11. September 2001, haben Sie da gehört, dass die USA das Recht zur Verteidigung haben?

Ich bin deutscher Staatsbürger mit jüdischem Glauben. Ich habe das Recht zur freien Religionsausübung, die mir nur mit Polizeischutz vor den Synagogen ermöglicht wird. Meine jüdischen Freunde hängen die Mesusa vor ihren Türpfosten ab, weil sie vor muslimischen DHL-, Amazon- oder anderen Lieferboten Angst haben. Post von jüdischen Einrichtungen wird unerkennlich gemacht. Über-Fahrer konfrontieren mich wegen des Konfliktes in Israel aufgrund meines Vornamens Abraham. Ich habe Angst, wir haben Angst, unsere Kinder zur jüdischen Schule zu senden. Die Schule mag wie ein Gefängnis oder wie Fort Knox bewacht werden. Aber wie sieht es mit dem Schulweg aus? Wer könnte dort auflauern? Meine Freunde können am Schabbat oder an Feiertagen nicht erkennbar mit einer Kippa zur Synagoge laufen, ohne beleidigt oder beschimpft zu werden. Ist das eine freie Ausübung der Religion?

Ich fordere eine verschärfte Gesetzeslage, die mit voller Härte der Justiz gegen Antisemitismus vorgeht, aber auch durchgesetzt und ausgeübt wird, um unsere jüdischen Bürger der gesamten Bundesrepublik Deutschland schützen zu können. Der einzige Weg, dauerhaft gegen Antisemitismus vorzugehen, ist durch Bildung in Form von Pflichtkursen an Schulen und vor allem an Universitäten. Darüber hinaus ist eine Aufklärung in Moscheen notwendig, die einen massiven Teil dazu beitragen könnten, Antisemitismus zu bekämpfen, auch indem sie die Gräueltaten des

7. Oktobers verurteilen und sich davon eindeutig distanzieren. Die Begegnung zwischen Menschen jeglichen Glaubens ist der Schlüssel für das friedvolle Miteinander in allen Schichten der Gesellschaft.

Abg. **Thorsten Paul Moriße** (AfD): Ich bin erschüttert, was ich gerade von Ihnen gehört habe. Es tut mir leid, dass sich das hier in diesem Land so entwickelt.

Abg. **Evrin Camuz** (GRÜNE): Sie haben gerade eben auch über die Muslime gesprochen und wie man die islamischen Verbände besser einbeziehen sollte und müsste. Gibt es diesbezüglich bereits eine gewisse Zusammenarbeit zwischen Ihrer Gemeinde und den muslimischen Gemeinden? Könnten Sie es sich vorstellen, dass eine solche Zusammenarbeit auf Augenhöhe und beidseitig gelebt wird?

Abraham Toubiana: Ja, die existiert bereits mit der palästinensischen Gemeinde hier in Hannover. Wir arbeiten Gott sei Dank sehr eng miteinander zusammen. Das ist momentan aber die einzige Zusammenarbeit. Es gibt keine anderen Verbände, die explizit auf uns zugekommen sind. Ich habe im Landesverband eigentlich erwartet, dass die Leute auf uns zukommen. Aber das ist in diesem Fall gar nicht passiert.

Abg. **Evrin Camuz** (GRÜNE): Haben sich die Kirchen beider Konfessionen an Sie gewandt, und hätten Sie sich das sozusagen auch von den anderen Verbänden gewünscht, aber das ist eben unterlassen worden? Ist das so gewesen? Sind die anderen Kirchen überhaupt auf Sie zugekommen?

Abraham Toubiana: Es sind einige Kirchengemeinden auf uns zugetreten und haben uns ihre Solidarität ausgesprochen, was wir sehr begrüßt haben. Aber ich muss auch sagen: In der ersten Woche haben zwar alle ihre Solidarität ausgesprochen. Doch als Israel in Gaza mit der Kriegsmaschinerie eingegangen ist, hat sich das Blatt komplett gewendet. Daraufhin folgte eine große - wie soll ich sagen - „Schweigsamkeit“ und man hat sich distanziert - auch zum Beispiel meine Nachbarn, muss ich ehrlich sagen. Das habe ich zum Beispiel beim Ukraine-Krieg ganz anders erlebt. Wir haben viel dabei geholfen, Leute dort rauszubringen. Damals war der Support von der Bevölkerung leider mehr vorhanden.

Abg. **Christoph Plett** (CDU): Der israelische Botschafter hier in der Bundesrepublik hat auch in Bezug auf - und das sage ich mit vollem Bewusstsein - den importierten Antisemitismus vermehrt gesagt, wir sollen von unserer Naivität Abstand nehmen. Teilen Sie das?

Abraham Toubiana: Natürlich kommen die Leute aus einem anderen Kulturkreis. Ich denke, unsere Toleranz wird oft als Schwäche angesehen; damit haben wir große Probleme. Unsere Demokratie, für die wir hier Jahrhunderte gekämpft haben, wird als Schwäche angesehen. Ich glaube, das würde ich eher unterstreichen. Dagegen müssen wir als Zivilgesellschaft und als Demokratie in Zukunft wirklich härter angehen. Ich teile zum größten Teil, was Herr Prosor gesagt hat.

Abg. **Volker Bajus** (GRÜNE): Ich möchte auf den letzten Beitrag des Vorsitzenden eingehen. Ich finde die Begrifflichkeit „importierter Antisemitismus“ sehr schwierig. Dazu würde ich gerne Ihre Meinung hören, Herr Toubiana. Ich glaube, wir haben folgende Problematik, wenn wir das so

bezeichnen würden: Importiert wird etwas, was man hier nicht hat, aber braucht, also zum Beispiel irgendwelche Waren, Güter usw. Niemand will Antisemitismus zusätzlich in diesem Land verstärken. Damit haben wir - alleine aus historischen Gründen - schon genug zu tun.

Ist es nicht vielmehr so, dass wir viele Jahre nicht die Sensibilität dafür gehabt haben, was Migration bedeutet und wie Integration gut gelingen kann? Ich hatte es vorhin schon erwähnt: Ich glaube, wir haben das Bewusstsein dafür, dass wir eine Einwanderungsgesellschaft sind und dass wir deswegen auch für einen guten Ablauf der Integration sorgen müssen, suboptimal entwickelt. Insbesondere in bestimmten politischen Kreisen ist es bewusst ignoriert worden. Jetzt haben wir das eine oder andere Ergebnis, durch das wir sehen, dass wir bei der Integration nicht gut genug sind. Aber die Realität der Einwanderungsgesellschaft ist ja vorhanden. Ich glaube, ansonsten wäre in den letzten Jahren auch das jüdische Leben nicht so verstärkt worden.

Ich komme aus Osnabrück. Sehr viele Leute gerade auch aus Osteuropa, aus Russland, aus der Ukraine haben unsere jüdische Gemeinde wieder stark gemacht. Darüber sind wir auch sehr froh. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen.

Jüngst gab es auch eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts auf der Bundesebene. Hiermit wurde ganz klar eine Erleichterung des Erwerbs der Staatsbürgerschaft ermöglicht. Aber es wurde auch klar gesagt, dass dieser Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft bei einer antisemitischen Einstellung ausgeschlossen ist. Hier hat man sich deutlich erklärt, und es wurde eine Gesetzesregelung geschaffen, durch die es sogar endlich zu einer Verschärfung der Gesetze kommt. Vielleicht könnten Sie auch dazu noch etwas sagen.

Abraham Toubiana: Ich teile die Meinung, dass importierter Antisemitismus auf jeden Fall existiert. Ich habe Ihnen ja gesagt, meine Familie, mein Vater stammt aus Tunesien. Antisemitismus ist natürlich dort vorhanden, wo es auch keine Juden gibt. Dann haben die Leute die schrägsten Bilder im Kopf. Wenn es dann auch noch in der Schule gelehrt wird, was in den arabischen Ländern natürlich zur Staatsraison gehört, und die Leute hierüber kommen, dann haben wir das auch vor der Tür.

Ich muss Ihnen sagen: 2015, als die erste Einwanderungswelle syrischer Flüchtlinge nach Deutschland gekommen ist, waren wir selber in den Flüchtlingsbehausungen und haben die ersten Magen Davids - das sind Davidsterne - mit Sprüchen auf Arabisch wie „Jude verrecke!“ usw. gesehen. Schon damals haben wir darauf hingewiesen. Aber es war der Regierung quasi wichtiger, dass die Leute wissen, wie man den Müll trennt, als dass man dort auf den Antisemitismus eingegangen ist. Wenn man sich dann dazu geäußert hat, galt man sofort als Rassist. Dann wurde gesagt „Die bleiben sowieso nicht länger.“ etc. Es gibt daher einen importierten Antisemitismus. Aber ich möchte auch nicht den linken und den rechten Antisemitismus kleinreden, der nach wie vor in unserer Gesellschaft vorhanden ist.

Abg. **Evrin Camuz** (GRÜNE): Sie haben in Ihrem Bericht auch sehr viel Input zum historischen Kontext gegeben. Jüdinnen und Juden wurden seit Jahrhunderten verfolgt. Das Streben nach der bewussten Auslöschung ist ja eine europäische Idee. Sie wurde durch einen Österreicher auf deutschem Boden eingepflegt, aber verbreitete sich dann in Europa. Inwiefern ist dieser Antisemitismus, diese Idee, dass man das Judentum komplett auslöscht, eine europäische, die gar nicht importiert werden kann, weil sie hier entstanden ist.

Abraham Toubiana: Zunächst muss ich Ihnen leider widersprechen. Es gab zuvor schon die Spanische Inquisition, im Zuge derer schon Juden bekehrt worden sind. Der Antisemitismus hat schon damals in Rom angefangen, als die Kirche gegründet worden ist. Die arabischen Länder, die die Juden natürlich vertrieben haben, sind quasi nur ein Teilbetrag.

Warum bin ich aber darauf eingegangen? - Mir geht es darum, dass Sie im Antrag den Nahostkonflikt angeführt haben. Man kann nicht nur den Nahostkonflikt nehmen, quasi die Staatsgründung Israels und dann gibt es mit den Palästinensern ein Problem. Nein, es geht natürlich schon vorher los. Und deswegen habe ich nur einen kleinen Einblick überlassen. Die wenigsten wissen von den 900 000 jüdischen Flüchtlingen. Wussten Sie etwas darüber? - Wenn ja, dann sind Sie einer der wenigen.

Mir geht es auch um das, was auch Herr Mansour gesagt hat. Nach dem Holocaust bzw. auch während des Holocaust und der Zeit des englischen Mandats sind Schiffe nach dem damaligen Palästina gefahren, wurden wieder zurückgesendet und durch Hamburg kamen die Leute zurück ins KZ usw. Die Geschichte fängt nicht am 14. Mai 1948 an, sondern die Geschichte fängt vor über 3 000 Jahren an. Das muss auch in die Bildung eingebunden werden; das ist sehr wichtig.

Vors. Abg. **Christoph Plett** (CDU): Ich möchte ein Bild benutzen. Es soll ja so gewesen sein, dass bereits die Auseinandersetzung zwischen David und Goliath auf die damaligen Spannungen zurückzuführen war. Schließlich ist der Name „Palästina“ auf den Namen „Philister“ sprachlich zurückzuführen. Mit so einem Beispiel kann man diese 3 000-jährige Geschichte, die Sie mehrfach genannt haben, an klaren Handlungen deutlich machen. Das zeigt auch die Dimensionen.

TaMaR Germany e. V.

Anwesend: *Yevgen Bruckmann*

Yevgen Bruckmann: Ich versuche, mich mit Blick auf meine Vorrednerinnen und Vorrednern nicht zu sehr zu wiederholen. Ich stimme den allermeisten vorgetragenen Punkten so auch zu.

Ich bin heute für TaMaR Germany e. V. hier, in dem ich lediglich ein aktives Mitglied bin. Das Vorstandmitglied, das heute eigentlich kommen sein wollte, ist leider erkrankt. TaMaR ist ein Verein für progressive junge Juden und Jüdinnen in Deutschland. Dieser Verein wurde vor, glaube ich, 20 Jahren, wenn nicht mehr, hier in Hannover gegründet. Damals hieß er noch „Jung und Jüdisch Deutschland e. V.“. Eines der Gründungsmitglieder war Frau Dr. Seidler, die jetzt leider nicht mehr hier ist, sich aber entschuldigen lässt. Er hat also auch schon lange Bestand. Auch Hannover und Niedersachsen haben dabei eine wichtige Rolle gespielt. Dieser Verein setzt sich für junge Juden und Jüdinnen ein, vor allen Dingen für progressive, damit diese einen Ort haben, an dem sie sich treffen können. Es werden Seminare, Bildungsfahrten und Bildungsangebote organisiert. Aber es werden auch Positionen bezogen; es wird sich auch politisch engagiert.

Heute wurde bereits viel über Migration gesprochen. Ich bin einer von den vielen migrantischen Juden und Jüdinnen - um auch die einzubeziehen -, die zu über 90 % die jüdischen Gemeinden in Deutschland ausmachen. Die Zahlen waren heute schon zu hören. Ungefähr 90 % stammen aus der ehemaligen Sowjetunion, weitere 5 bis 8 % aus anderen Ländern. Deswegen waren die letzten Jahre für uns alle auch nicht einfach; das hat Frau Dr. Seidler schon erwähnt.

Ich fand den Start von Frau Dr. Seidler mit dem Beispiel Halle gut. Auch Hanau war ein Schlag für uns. Der Krieg in der Ukraine genauso. Ich selbst komme aus der Ukraine. 60 % der Gemeindemitglieder der liberalen jüdischen Gemeinde, in welcher ich auch im Vorstand sitze, kommen aus der Ukraine. Auch in den anderen Gemeinden ist das ganz ähnlich. Das hat uns hart getroffen. Der 7. Oktober steht zusätzlich für einen besonderen Tiefpunkt in unserer jüngeren Geschichte. Er ist in allen Altersgruppen spürbar. Aber ich spreche heute hier für die Altersgruppe der ungefähr 18 bis 35-Jährigen.

Wir, gerade die Leute, die ich bei TaMaR kenne, sehen uns mit sehr vielen Problemen konfrontiert. Viele von uns - fast alle - sind schon seit ihrem Jugendalter in irgendeiner Form politisch aktiv, von einer Mitgliedschaft in unterschiedlichen Parteien über das Engagement in zivilen Bündnissen und/oder Organisationen bis hin zur Arbeit in städtischen Bündnissen. In irgendeiner Art und Form engagieren wir uns für die Gesellschaft hier in Deutschland.

Seit dem 7. Oktober herrscht ein Gefühl, das zwar vorher auch immer mal wieder präsent war, aber noch nie so stark wie jetzt: das Gefühl der Einsamkeit. Wir haben sehr krass erlebt, wie Leute, mit denen auch ich in den letzten fünf, sechs, sieben Jahren immer wieder auf Podien saß, mit denen wir Workshops zum Thema Antisemitismus, aber auch zu Themen wie gemeinsames und multikulturelles Leben gemacht haben, es seit dem 7. Oktober nicht geschafft haben, in irgendeiner Form Solidarität zu zeigen, sich bei uns zu melden oder zu zeigen, dass unser Schmerz auch für sie sichtbar ist. Das ist ein gigantisches Problem.

Es ist darüber hinaus zu beobachten, dass sich extrem viele von uns aus diesen Bündnissen und aus diesem Engagement immer weiter zurückziehen. Das ist ein enormes Problem, aus dem wir auch unsere eigenen Schlüsse ziehen. Aber das muss auch den Rest der Gesellschaft interessieren, und es muss den Rest der Gesellschaft auch etwas angehen. Gleichzeitig ist auch die Angst - auf jeden Fall in meiner Generation - extrem stark vorhanden, nicht nur wegen all den Sachen die ich genannt habe. Es wurde heute zwar schon mehrfach erwähnt, aber wenn die AfD mit anderen Rechtsextremen irgendwelche Pläne zur millionenhaften Deportation und „Remigration“ schmiedet, dann wissen wir alle ganz genau, dass wir an der Stelle mitgemeint sind. Dann geht es auch um die Deportation und die „Remigration“ von Juden und Jüdinnen. Wir fühlen uns angesprochen. Wir wissen: Selbst, wenn wir noch nicht namentlich genannt sind, so ist es nie lange hin, bis wir mitgemeint sind.

Dagegen wehren wir uns auch weiterhin. Aber es gibt bestimmte Felder, in denen es einen deutlichen Verbesserungsbedarf gibt, wo wir alleine auch nicht weiterkommen. Ein wichtiges Feld wurde heute schon angesprochen: das digitale Feld. Ich glaube, wir alle müssen uns als Demokratinnen und Demokraten ganz klar bewusst machen: Wir verlieren das digitale Feld, das Informationsfeld. Dort rennen wir massiv hinterher. Auch das ist ein enormes Problem.

Dazu ein paar Punkte, die in meiner politischen Sozialisation eine enorm wichtige Rolle gespielt haben. Sie erinnern sich sicherlich noch an die vorletzte US-Wahl, wo im Nachhinein die Einmischung von russischen Staatsmedien und Teilen sichtbar wurde. Aber Sie erinnern sich sicherlich auch in Deutschland an die Einmischung von allen möglichen autoritären Staaten in Informationen und in die Berichterstattung, zum Beispiel beim Krieg in der Ukraine und auch weiterhin.

Auch jetzt, seit dem 7. Oktober - das hat auch Herr Mansour erwähnt -, war ein vorher nicht in der krassen Form vorhersehbarer Informationsangriff aus autoritären Staaten und von autoritären Gruppen zu beobachten, der extrem gut finanziert und unterstützt ist. Ich sehe, dass wir dem aktuell sehr wenig entgegenzusetzen haben. Mittlerweile gibt es Faktenfinder und solche Dinge. Das sieht man auch immer öfter im Fernsehen, auch in einigen sozialen Medien. Mittlerweile gibt es auch erste Projekte - zum Beispiel das Projekt „OY VEY!“ oder Projekte der Amadeu-Antonio-Stiftung; sie wurde schon erwähnt -, die sich mit dem Thema auseinandersetzen. Aber das ist viel zu wenig. Es gibt zum Beispiel 16 Bundesländer; es müsste auch mindestens 16 Projekte geben, die sich der Generierung von Content widmen. Es müssen Inhalte geschaffen werden, die für diese sozialen Plattformen gemacht sind und dem, was teilweise durch Russland, den Iran oder andere Orte finanziert verbreitet wird, demokratische Werte entgegensetzen. Das fehlt enorm. Das darf nicht vergessen werden.

Ein anderer Aspekt ist die Kinder- und Jugendarbeit. Aus diesem Bereich komme ich, vor allem aus der jüdischen Kinder- und Jugendarbeit. Neben TaMaR bin ich auch bei Netzer Germany e. V. sehr aktiv, ein Verein, der übrigens auch in Hannover sitzt. Auch hier gibt es also wieder eine große Verbindung. Netzer Germany e. V. ist eine jüdische Jugendbewegung, in der jungen Juden und Jüdinnen, Kindern und Jugendlichen die Chance gegeben wird, jüdische Ferienfreizeiten zu erleben und untereinander zu sein. Ein kurzer Einblick in die Realität: In diesem Winter war ich beim Ferienlager dabei. Wir hatten aus verständlichen Gründen noch nie so viel Polizeischutz wie dieses Mal. Es geht mir dabei aber nicht nur um die Menge der Polizisten, sondern diesmal habe ich auch die Anspannung in den Gesichtern der Beamten gesehen. Auch das ist ein enormes Problem, das weiter im Blick behalten werden muss. Es wurde auch schon ganz oft von ganz vielen angesprochen. Auch ich möchte hier einen Schwerpunkt setzen. Denn die Sicherheit von Juden und Jüdinnen funktioniert leider ganz oft nur über Sicherheitsmaßnahmen, die über Worte hinausgehen.

Deswegen bin ich selbst hinsichtlich der Aussage gespalten, dass es sich beim Bekenntnis zum jüdischen Leben und zum jüdischen Staat im Rahmen von Einbürgerungen um Lippenbekenntnisse handelt. Ein solches Bekenntnis kann zwar nicht schaden. Am Ende des Tages sind diese Lippenbekenntnisse in meiner Lebensrealität die eine Sache, aber die andere Sache ist, dass uns halt Taten schützen und helfen. Davon brauchen wir jetzt gerade mehr.

Warum brauchen wir davon mehr? Vor dem 7. Oktober und eigentlich auch schon vor Halle war ein extremes Aufleben und Aufblühen der jüdischen Gemeinschaft zu beobachten. Die 200 000 bis 300 000 Juden und Jüdinnen, die in Deutschland leben, leben hier vor allem seit den 1990ern und frühen 2000ern. Meine Generation gehört vor allem zu der Generation der Zugezogenen, die jetzt ins Erwachsenenalter kommen oder seit einigen Jahren auch schon erwachsen sind und sich jetzt überall mehr einbringen. Das merkt man auch, und das ist auch sehr schön. Aber gleichzeitig ist in den Gemeinden und diesen Strukturen zu erleben, dass jetzt ganz stark die Angst im Raum steht. Und es steht die Frage im Raum: Was können wir als Juden und Jüdinnen überhaupt machen?

Denn - auch um das noch einmal klar zu machen - wir verlieren den Informationskampf in 9,9 von 10 Fällen, weil wir einfach sehr wenige sind. Es braucht deswegen die Unterstützung der breiten demokratischen Gesellschaft. Und dafür braucht es, glaube ich, deutlich mehr Projekte und Anstöße. Es muss diese Projekte auch vom Land Niedersachsen geben. Ich glaube, bezüglich dessen, was man an der Stelle machen könnte, gibt es noch sehr viel Luft nach oben, und ich glaube auch - soweit ich für mich und für die Organisation, für die ich heute hier bin, sprechen kann -, dass jüdische Vereine und Gruppe hier sehr gerne zur Seite stehen oder Teil von diesen Projekten sein würden.

Ein dritter Aspekt, der, glaube ich, auch schon erwähnt wurde und durchaus mehr im Blick sein dürfte, ist die Erinnerungsarbeit bzw. Erinnerungskultur. Es wirkt zum Beispiel immer so, als ob die Gedenkstättenbesuche etc. in den Schulen schon lange etabliert sind. Jedenfalls hat das auf meine Generation - ich bin Jahrgang 1996 und seit 2001 in Deutschland - immer so gewirkt. Aber das sind sie halt nicht. Fest institutionalisiert bestehen sie erst seit den 1990ern, frühestens seit den späten 1980ern. Hier muss noch sehr viel gelernt und umgearbeitet werden. Aus allen möglichen Gründen müssen neue Wege gefunden werden, wie Erinnerungsarbeit gestaltet wird. Zum einen, weil Zeitzeugen leider sterben; das ist der Lauf der Zeit. Zum anderen aber auch, weil es offensichtlich nicht so gut funktioniert hat.

Ich selbst bin seit sechs, sieben Jahren in der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit tätig. Meine Erfahrung aus der Arbeit mit Jugendlichen und Schulen ist, dass mir fast jeder Schüler, jede Schülerin unabhängig von der Schulform ganz genau erklären kann, wie sechs Millionen Juden und Jüdinnen in der Shoah ermordet wurden. Von Gaskammern hat jeder schon gehört. Fast niemand kann mir aber sagen, was Antisemitismus ist. Fast niemand kann mir erklären, wieso es zu diesem Judenhasse kam - das können auch Wissenschaftler nicht immer perfekt. Aber fast niemand weiß, woher er überhaupt kam, dass er schon vorher vorhanden war, dass er in und außerhalb von Europa und auch im Christentum Tradition hat und dass diese Dinge bei uns schwer verwurzelt sind und wie diese Dinge funktionieren. Ich glaube, an der Stelle muss umgedacht werden.

Es wurde schon ganz viel an die Schulen appelliert. Darauf möchte ich gar nicht weiter eingehen. Aber ich appelliere an Gedenkstätten und an all die Gremien, die damit zusammenhängen. Ich selbst bin in dieser Arbeit aktiv und arbeite mit anderen Leuten in einer Ausstellung. Wir merken, es braucht da ein breiteres Feld und es braucht neue Zugänge. Die Leute verwenden mittlerweile den emotionsreflexiven Ansatz. Dabei wird das Thema nicht nur über Fakten und über Frontalunterricht angegangen, sondern es wird mehr über verschiedene Biografien gesprochen und gearbeitet. Es gibt Leute, die diese neuen Projekte machen wollen. Aber wir selbst haben gleichzeitig gemerkt: Auch Gedenkstätten werden bundesweit immer wieder Gelder potenziell gekürzt. Das ist ein enormes Problem.

Erst gestern war ich in einer Beiratssitzung der Anne-Frank-Bildungsstätte, die der Gedenkstätte Bergen-Belsen quasi anliegt. Vielleicht kennen einige von Ihnen sie. Die machen eine wunderbare Arbeit. Es gibt da einen Jugendbildungsreferenten, der seit dem 1. Januar im Amt ist. Er meint, dass er die nächsten sechs Monate wahrscheinlich nur damit beschäftigt sein wird, Gelder für zusätzliche Projekte zu beschaffen, damit die durchgeführt werden können.

Das alles sind die vielen Beine, die jetzt noch fester geschraubt werden müssen bzw. auch erst noch aufgestellt werden müssen, um dem gerade herrschenden Problem des Antisemitismus

gerecht zu werden. Es wurde schon oft erwähnt: Er ist in allen Teilen der Gesellschaft stark vorhanden. Über rechten Antisemitismus habe ich schon gesprochen. Ich möchte auch noch über linken sprechen. An Universitäten ist das Problem sehr stark zu sehen. In Hannover flammte es immer wieder auf. Aber es hält sich noch in Grenzen. Doch es gab zum Beispiel auch früher immer wieder Vorfälle von Antisemitismus in Hildesheim. Davon kann Ihnen auch Frau Dr. Seidler ein Lied singen. Immer wieder tauchen Gruppen auf, die mit ihren Statements und Aktionen jüdisches Leben ganz oft einschüchtern oder Juden und Jüdinnen in ihrer Meinungsäußerung delegitimieren.

Eigentlich fehlt an den Universitäten - ich selbst bin noch Student der Sozialwissenschaften hier in Hannover - auch ganz oft Forschung und Auseinandersetzung mit dem Themenbereich Antisemitismus. Das gibt es extrem wenig. Im Bereich Geschichte gibt es das. Aber das lässt das Feld auch immer sehr historisch wirken. Es ist aber nicht historisch, sondern brandaktuell, wie gerade zu merken ist. In dem Bereich braucht es daher mehr Impulse, mehr Gelder und auch mehr Fachpersonal, das dies offen thematisiert.

Abg. **Thorsten Paul Moriße** (AfD): Sie erwähnten, Sie benötigen aktuell massiven Polizeischutz, zum Beispiel im Ferienlager. Wie bewerten Sie das? Liegt das jetzt an dem, was vor zehn Jahren in Hanau passiert ist - Sie erwähnten es mehrmals -, oder eher an dem, was seit dem 7. Oktober passiert ist?

Yevgen Bruckmann: Es liegt an ganz vielen Dingen. Seit dem 7. Oktober ist auf jeden Fall ein Aufflammen des Antisemitismus erkennbar. Das Problem an sich gibt es aber schon immer. Es gab keine Jugendfreizeit ohne ein Sicherheitskonzept. Das sind Dinge, über die sich andere Jugendverbände keine Sorgen machen müssen. Ich bin seit über zehn Jahren in dieser Arbeit aktiv. Wir haben ein Mal ein Ferienlager in Ostdeutschland gemacht. Das machen wir nicht mehr. Wir wurden dort angefeindet.

Leider ist meine Realität, dass wir uns stets von allen Seiten absichern und schützen müssen. Es gibt immer die Gefahr von rechts, es gibt immer die islamistische Gefahr. Wir haben bei den Ferienlagern jetzt weniger Sorgen vor linken Protestaktionen. Aber hinsichtlich tätlicher Angriffe sind die zwei erstgenannten Felder - das islamistische und vor allem das rechte, rechtsextreme Milieu -, die am meisten Angst machen. Das spiegelt sich auch am meisten in unserer Erfahrung wider. Aber diese Aussage soll den Antisemitismus in den anderen Milieus nicht relativieren.

Abg. **Evrin Camuz** (GRÜNE): Sie haben gesagt, dass bei solchen Fahrten auch schon kleine Kinder von der Polizei begleitet werden. Das finde ich sehr erschreckend, weil Kinder eigentlich gar nicht auffallen wollen. Sie wollen wie alle anderen Kinder sein. Das macht etwas mit einem, wenn das in diesen frühen Kindheitsjahren schon derart internalisiert wird. Das trägt sich dann auch mit. Genau deswegen ist es auch wichtig, schon früh anzusetzen, damit sich wirklich alle Kinder angstfrei entfalten können.

Ich finde auch wichtig, dass Sie gesagt haben, wir müssten viel mehr im Netz machen. Nun ist es bekanntlich so: Wenn die Landesregierung Tiktok bespielen würde, dann hätte das auch ein bestimmtes Format. Es muss wortwörtlich abgestimmt werden und dann durch die Verwaltung. Daher ist es schwierig, in dieser Welt die Leute zu erreichen und die Algorithmen auch zu brechen, damit man auch dort wahrgenommen wird, wo man wahrgenommen werden möchte.

Hätten Sie diesbezüglich eine Idee, wie man kreativ - ich will unserer Verwaltung gar nicht vorwerfen, dass sie nicht kreativ ist - auf Tiktok und in diesen Welten sehr viel Raum einnehmen könnte?

Yevgen Bruckmann: Ich glaube, es ist gar nicht die Aufgabe der Verwaltung, dort kreativ zu sein. Ich sehe auch, dass das schwierig ist. Doch ohne Verwaltung geht es nicht. Ich glaube auch nicht, dass man mit einem Tiktok-Account alleine aufgrund des Namens „Landtag Niedersachsen“ große Erfolge erzielen würde hinsichtlich des Erreichens von Zielgruppen für die politische Bildung. Aber es gibt verschiedene Organisationen. Man kann immer ein neues Projekt mit einem „flotten“ und „hippen“ Namen gründen. Doch dann muss man Multiplikatoren suchen. Die gibt es in Hannover, in Niedersachsen, aus allen möglichen Communities massiv, und die stellen sich dann vor eine Kamera. Das läuft nun mal aktuell am besten, nämlich Menschen, die in eine Kamera sprechen. Darüber hinaus gibt verschiedene andere Formate wie Video-Essays, die eher im Bereich Youtube als auf Tiktok auch sehr beliebt sind.

Diesen Menschen muss die Möglichkeit, müssen die Rahmenbedingungen gegeben werden, um verschiedene Inhalte zu erschaffen. Ich glaube, es wurde in den letzten Jahren viel geschafft. Die Rundfunkanstalten haben zum Beispiel viel im Bereich Podcast und der Neudarstellung des Journalismus geschaffen. Ich merke in meiner Altersgruppe 18-35 Jahre auf jeden Fall, dass auf einmal Öffentlich-rechtliche wieder voll das Ding sind. Dabei kann ich sagen, dass ich seit dem Auszug bei meinen Eltern noch nie einen Fernseher an das Netz angeschlossen habe. Aber seitdem die Öffentlich-rechtlichen mehr im Bereich Podcast, in anderen verschiedenen Formaten sowie im Internet machen, bin ich auf jeden Fall wieder Nutzer.

Ich glaube, das ist ein Erfolg. Doch man muss auch andere Wege gehen. Auf Tiktok oder Instagram müssen deutlich kürzere Zeitabschnitte gefüllt werden. Dafür müssen auch andere Expertinnen und Experten gesucht werden. Die gibt es. Ich glaube, da muss man sich was trauen. Natürlich wird manches auch scheitern. Wie immer bei jungen Sachen wird manches nicht laufen. Doch man muss Sachen ausprobieren. Ich glaube, man kann auch sehr gut gemeinsam mit den Rundfunkanstalten etwas machen. Die Frage ist dann immer nur, wie gut das am Anfang ankommt, gerade bei der Verwaltung. Denn Instagram oder Tiktok sind Plattformen, die von Schnelligkeit und von tagesaktuellen Inhalten leben, die vielleicht nicht immer vorher abgesprochen werden können. Es muss dann einfach ein Video gemacht werden, was dann abläuft und das zuvor nicht durch drei Instanzen gegeben werden kann. Auch das gehört dazu.

Doch ich glaube, dass man daran nicht vorbeikommt. Und ich glaube, wenn das in der nächsten Zeit nicht angefangen wird, dann ist irgendwann der Abstand zu anderen Akteuren, die das schon in demokratiefeindlicher Art machen, zu groß. Bei Tiktok ist von den zehn Accounts von Fraktionen und Parteimitgliedern zum Beispiel eine Partei am stärksten erfolgreich: die AfD. Keine der anderen Parteien ist auf dieser Plattform nur annähernd so erfolgreich, weil dort vor allem mit populistischen rechten Inhalten Klicks gesammelt werden. Andere haben dagegen vielleicht auch gar kein Konzept. Doch Konzepte müssen möglichst schnell und bald entwickelt und umgesetzt werden.

Vors. Abg. **Christoph Plett** (CDU): Gibt es weitere Fragen? Herr Moriße, ich sehe Sie jetzt nur über den Laptop von Frau Messling. Wollten Sie noch eine Frage stellen? Ihre Hand ist noch oben.

Regierungsrätin **Messling** (LTVerw): Ich glaube, die Konferenz ist ausgefallen, die hören uns nicht mehr.

Yevgen Bruckmann: Ich möchte noch kurz einen anderen Themenblock erwähnen. Das Thema Strafverfolgung usw. wurde hier schon angesprochen. Ich glaube, auch an der Stelle gibt es immer wieder Lücken. Dabei spreche ich auch aus der Sicht der jüdischen Gemeinden hier in Niedersachsen. Es gab immer wieder Fälle von extremer antisemitischer Hetze, zum Beispiel in Braunschweig, aber auch mal in Hannover. Die Staatsanwaltschaft hat diesbezüglich manchmal extreme Schwierigkeiten, Judenhass als solchen, aber auch in seiner strafrechtlich relevanten Form zu erkennen, gerade vor dem Hintergrund der Bewertung von anderen Juristen und Juristinnen. Daher braucht es hier, glaube ich, auch noch enorm viele Schulungen und Umdenkformate. Denn es gibt zwar theoretisch strafrechtlich relevante Rahmenbedingungen für die Verfolgung von Hassrede. Aber die werden unserer Erfahrung nach bisher nicht sonderlich erfolgreich umgesetzt, auch hier in Niedersachsen nicht.

Abg. **Evrin Camuz** (GRÜNE): Direkt dazu gibt es die erfreuliche Nachricht - da wird auch noch mehr kommen -, dass die Justizministerin den Staatsanwaltschaften mitgegeben hat, bei antisemitischen Vorfällen auch wirklich zu ermitteln. Vieles wurde von der Staatsanwaltschaft nicht aufgenommen. Das wurde seitens der Justizministerin vor wenigen Monaten angeordnet.

Yevgen Bruckmann: Das freut mich.

Vors. Abg. **Christoph Plett** (CDU): Frau Justizministerin Wahlmann hat auch mitgeteilt, dass es jetzt auch eine Definition des Antisemitismus gibt. Das sei auch im Landeskabinett so besprochen worden. Dies hat schließlich auch Auswirkungen auf die auch von Ihnen aufgeworfene Frage: Was ist Antisemitismus? - Aus politikwissenschaftlicher Sicht benötigen wir eine Definition; auch im juristischen Bereich hilft das sehr. Daran sehen Sie auch, dass diese Fragen auch beantwortet werden.

Darüber hinaus haben wir durch Ihren Beitrag dezidiert wahrgenommen, dass die Frage des Antisemitismus - insbesondere nach dem 7. Oktober - eine Herausforderung für uns alle ist. Ich darf mich für Ihre Worte ganz herzlich bedanken.

Frau Messling guckt jetzt gerade noch einmal, was ist. - Herr Schröder, ich sehe Sie. Können Sie mich hören? - Herr Bajus?

Abg. **Antonia Hillberg** (SPD): Ich habe eben die Nachricht erhalten, dass man uns nicht mehr hört und auch nicht mehr sieht.

Vors. Abg. **Christoph Plett** (CDU): Das ist schade, aber nicht zu ändern. Wir müssen mit der Technik klären, wie wir in Zukunft die Sitzungen durchführen.

Ich beende die Anhörung.

Wir sind nicht mehr beschlussfähig. Die Billigung einer Niederschrift verschieben wir auf die nächste Sitzung.
